Die Friedensresolution von 1917

Dr. phil. Ernst-Albert Seils, Berlin 2020

1. Kapitel

„Wir sind am Ende mit unserm Latein, wir verzweifeln an einem anständigen Frieden für uns!“ Heuchelei im Parteiausschuss der DPD

Am 26. Juni 1917 war in den Räumen der sozialdemokratischen Fraktion im Berliner Reichstag der Parteiausschuss der SPD zusammengekommen. Es handelte sich um die vierteljährliche Zusammenkunft von 41 Vertretern der Bezirks- und Landesverbände, mit denen der Parteivorstand alle wesentlichen, für die Gesamtpartei inhaltlich und strategisch wichtigen Entscheidungen abzustimmen hatte. Auf dessen Billigung hatte sich die Mehrheitsfraktion bei ihrer Zustimmung zu den Krediten bisher immer gestützt. Anwesend waren auch Reichstagsabgeordnete der Partei.

Ein Konzept hatte der Redner nicht. Welchen Standpunkt die deutschen Sozialdemokraten dort vertreten hatten, konnte man nur aus Andeutungen entnehmen. Aber den Anwesenden lag wahrscheinlich der gedruckte Text des Memorandums vor.

Es wurde deutlich, dass sie dort allgemein auf Ablehnung gestoßen waren. Man habe sie nicht verstanden, daran sei die USPD schuld. Scheidemanns Bericht war durchzogen von hasserfüllten Beschimpfungen eines Journalisten, der wenige Tage zuvor in der *Leipziger Volkszeitung* „die Wahrheit über die Friedensarbeit der Regierungssozialisten“ aufgedeckt und die inkonsequente, widersprüchliche „Schaukel- und Gaukelpolitik“ der Mehrheitsfraktion verdeutlicht hatte. Sie hätten den Kriegskrediten stets zugestimmt, jedoch von Bethmann Hollweg, dessen annexionistische Politik überhaupt nicht bezweifelt werden könne, niemals eine eindeutige Erklärung über seine Kriegsziele verlangt. Nur die USPD vertrete noch die Interessen der Arbeiterschaft, die nichts als den Frieden wolle.[1] Diese „Schmierereien“ seien widerlich. Dieser Biedermann „ekelt mich an.“ Hätte Scheidemannsich nicht getroffen gefühlt, wäre er nicht immer wieder darauf zurückgekommen. Den Text hatte Eduard Bernstein geschrieben, der zweifellos, obwohl er zur USPD gehörte, überall Achtung genoss.

---

1 Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses am 26. Juni 1917 im Reichstag, in: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD, Nachdruck hrsg. von Dieter Dove, Berlin, Bonn 1980, S. 12–38, danach das Folgende.

„Wir müssen uns mit unserer Taktik in der jeweiligen Situation dereinst vor dem Lande und vor der Geschichte verantworten.“ Also nicht Frieden jetzt, sondern übergeordnete Ziele. „Entwicklungsfreiheit“ für Deutschland, so war es im Stockholmer Memorandum zu lesen.

Die Delegiertenversammlung befand sich in äußerst aufgewühlter Stimmung. Jetzt gehe es nur noch um die Frage, wie sich die SPD-Fraktion in der für Anfang Juli angesetzten Reichstagssitzung bei der Abstimmung über neue Kriegskredite verhalten solle.

Alle waren gleicher Meinung: August Baudert, Journalist aus Apolda, Max König aus Dortmund, der Berliner Karl Severing, Paul Löbe aus Breslau, Ignaz Auer aus München, Karl Haberland, der Erfurter Schneidermeister Hermann Reißaus, der Gewerkschaftler, August Brey, Julius Gehl, ein Ostpreuße, Wilhelm Keil aus Stuttgart und andere. Sie zeichneten ein Bild der Lebensverhältnisse und der Stimmung der Menschen in Deutschland sowie deren Einstellung zur Politik der Parteimehrheit: Festzustellen sei ein Zusammenbruch aller Hoffnungen auf einen militärischen Sieg. Ob nun Belgien noch unter deutscher Kontrolle bleiben sollte, interessierte 90 Prozent der Menschen überhaupt nicht. Regierung und Parteien hätten bei der deutschen Bevölkerung vollständig das Vertrauen verloren. Es gebe nur noch einen Wunsch: den nach der sofortigen Beendigung des Krieges. „Jetzt fallen ja alle Herrschaften zusammen, die für den rücksichtslosen U-Boot-Krieg gewesen sind, und geben zu, dass das eine falsche Rechnung gewesen ist.“ „Es ist doch gar kein Zweifel, dass Deutschland einen siegreichen Frieden durch die militärische Situation nicht mehr herbeiführen kann.“ ,,In der Ernährungslage ist die Situation fürchterlich!“ „Ganz unhaltbar ist der Zustand in der Lebensmittelversorgung, sie ist zum Stadium der Hungersnot geworden!“ „Bei uns macht die Bevölkerung nicht mehr länger mit. Sie sagt, wir rauben und stehlen lieber, als dass wir verhungern!“ Beschrieben wurden Lebensmittelkrawalle, die auch in Königsberg vorgekommen seien, hingewiesen wurde auf die „Katastrophe des Winters.“ „Die Stimmung ist draußen hundsmiserabel, sie ist schlecht bei den Soldaten, schlecht bei der Arbeiterschaft.“ „Es braucht nur jemand in einem Eisenbahnzug mit den Leuten zu sprechen, die aus der Front kommen und in die Front gehen, dann findet man schon eine förmliche Wut gegen das eigene Land!“ „Wir sind am Ende mit unserm Latein, wir verzweifeln an einem anständigen Frieden für uns!“ „Ich weiß nicht, wie es im Norden ist, im Süden kann es die Bevölkerung nicht mehr ertragen.“ „Wir dürfen nicht übersehen, dass die russische Revolution in Deutschland sehr stimulierend gewirkt hat!“ ,,Die elende Art, wie die Regierung um alles herumredet, geht mir schon längst gegen den Strich.“ „Wir gehen also unabwendbar unserm Schicksal entgegen, und wem es gelingt,

jetzt Schluss zu machen, der hat zweifellos den besseren Teil, als wenn wir später Schluss machen."

Die Fraktion dürfe den neuen Krediten nicht zustimmen, wenn die Regierung nicht zuvor einen Friedensvorschlag mit genauen Bedingungen gemacht habe. „Wir dürfen diesen geschichtlichen Moment nicht vorübergehen lassen." „Ich glaube, wir haben jetzt das Mittel in der Hand." Der kämpferische Reißaus wurde konkret: Er habe schon zweimal gegen die Kredite gestimmt.

Vor allem David hielt dagegen, sprach von einem „anständigen Frieden", den Deutschland bekommen müsse. Es dürfe nicht zum Bettelvolk werden.

Das Ergebnis von Stockholm wurde einstimmig angenommen. Was die Delegierten immer wieder vorgetragen hatten, dass es notwendig sei, vom Reichskanzler eine bestimmte Erklärung zu fordern, dass Deutschland bereit sei, einen Verständigungsfrieden zu schließen, darüber kam es zu keinem förmlichen Beschluss. Aber es war klar, dass jetzt Scheidemanns Formel vom Frieden ohne Annexionen und Kontributionen durchgesetzt werden musste. Eine Zustimmung zu neuen Kriegskrediten davon abhängig zu machen, dass sich der Kanzler hinter den Scheidemannfrieden stellte, das war die Intention derer, die auf der Delegiertenkonferenz so leidenschaftlich ihren Protest vorgetragen hatten.

Philipp Scheidemann und Friedrich Ebert im Parteiausschuss der SPD

Scheidemann redete abschließend weiter über alle möglichen Themen, legte sich in dem, was die Parteiführung nun tun wollte, nicht fest. „Wir müssen versuchen, den Kanzler dazu zu bringen […]" Aber die Fraktion trage dafür die Verantwortung. Einen Frieden um jeden Preis habe ja hier niemand verlangt. Ebert meinte in seinem Schlusswort, die Reichstagsfrak-

tion brauche sich an das Votum des Parteirats nicht gebunden zu fühlen. „Ich nehme an, dass Sie mit dieser Feststellung einverstanden sind."

Unter der drohenden Gefahr, eine Zustimmung zu den Kriegskrediten in der SPD-Fraktion nicht mehr durchsetzen zu können, entwickelte deren Führungsgruppe in den folgenden Tagen hektische Aktivität. Alle wussten, was die Stunde geschlagen hatte, dass es in der SPD nicht mehr so weitergehen könne wie bisher. In die Rolle der Opposition gegen die Kriegspolitik der Regierung rücken zu müssen In Besprechungen zwischen Ebert, Scheidemann, David, Südekum, Cohen-Reuß und dem Kanzler, auch mit führenden Vertretern der anderen Parteien, wurde in den folgenden Tagen nach einem Ausweg aus der kritischen Lage gesucht. Darin hatte die Julikrise ihren Ausgangspunkt.

2.Kapitel

Bethmann Hollweg und Nuntius Pacelli – ein realistischer Frieden wird geplant

Zur Dynamik, mit der die Dinge sich zuspitzten, gehörte, dass am gleichen Tag, dem Vormittag des 26. Juni, ein Gespräch zwischen Bethmann Hollweg und dem Nuntius der katholischen Kirche für das Deutsche Reich, Pacelli, stattfand. Er überbrachte einen Brief von Papst Benedikt XV., in dem dieser sich als Friedensvermittler anbot. Der Nuntius stellte in diesem Zusammenhang Fragen an den deutschen Kanzler, aus denen zu entnehmen war, dass die päpstliche Diplomatie sich „eines genau formulierten Auftrages entledigen" wollte.

Bethmann Hollweg verstand sofort, dass sich aus diesem Gespräch eine „schicksalsschwere Wendung des Krieges" ergeben könne. Er selbst wie auch seine engsten Berater Helfferich, Zimmermann und Riezler waren, wie sie 1921 vor dem Untersuchungsausschuss der Deutschen Nationalversammlung bestätigten, übereinstimmend der Meinung, dass es sich hier um eine Sondierung der englischen Regierung über die zentralen Probleme eines Verständigungsfriedens gehandelt habe.[2]

Der englische Premierminister betrachtete zu diesem Zeitpunkt Bethmann Hollweg als den zu einem Verständigungsfrieden bereiten Politiker, der sich bisher dem Druck der Konservativen, Nationalliberalen und der OHL gebeugt habe.

2 Verhandlungen des 2. Untersuchungsausschusses, a. a.O., S. 125–139.

Der Kanzler sah in dieser Unterredung seine Aufgabe darin, „durch möglichst bestimmte Antworten auf die gestellten Fragen die Grundlage für Verhandlungen über einen Frieden“ zu schaffen, „auf den das durch den U-Bootkrieg zwar nicht in die Knie gezwungene, aber doch betroffene England mit seinen Bundesgenossen eingehen würde.“

Auf die Frage nach der Zukunft Belgiens antwortete Bethmann Hollweg, seine volle Unabhängigkeit solle wiederhergestellt werden. Er wies lediglich darauf hin, formulierte es jedoch nicht als Einwand, dass dazu auch die politische, militärische und finanzielle Unabhängigkeit von England und Frankreich gehöre.

Auf die Frage, welches die Pläne Deutschlands in Hinsicht auf Elsass-Lothringen seien, ob die deutsche Regierung zu Grenzabtretungen an Frankreich bereit sei, lautete die Antwort des Kanzlers, hieran werde der Frieden nicht scheitern. Er stellte auch hier seinen Willen, zu einer Einigung zu kommen, heraus. Unter der Form gewisser gegenseitiger Grenzberichtigungen werde sich ein Weg finden lassen.[3] Möglichkeiten, in dieser Frage zu einem Kompromiss zu kommen, waren denkbar, wie sich aus den Vorverhandlungen zu dem Treffen von der Lanckens mit Briand ergab.[4]

Nuntius Pacelli zeigte sich über die Antworten Bethmann Hollwegs überaus zufrieden, er war „hoch erfreut“. Das äußerte er auch auf dem Empfang, den der Kanzler ihm zu Ehren am Abend in der Reichskanzlei gab. Erzberger hatte als Mitglied des Vorstandes der Zentrumspartei und Vertrauensmann des Vatikans in Berlin diesen Empfang organisiert und Einladungen dafür versandt.[5] dass er durch seine Verbindung zur Nuntiatur in München, auch durch den täglichen Kontakt mit Spitzenbeamten der Kurie den Brief des Papstes und den Auftrag Pacellis kannte, lässt sich nicht bezweifeln. Über die Antwort Bethmann Hollwegs wurde natürlich bei dem Empfang gesprochen.[6]

Zwei Tage später stellte Bethmann Hollweg den Nuntius im Großen Hauptquartier dem Kaiser vor. „Der Kaiser nahm die friedensfreundlichen Vorschläge des Papstes so warm und tatkräftig

3 Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkrieg, hrsg. von Jost Dülffer, a. a. O., S. 378–382; Der 2. Untersuchungsausschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses; a. a. O., S. 125.

4 Die Friedensversuche der kriegführenden Mächte im Sommer und Herbst 1917, bearbeitet und herausgegeben von Wolfgang Steglich, a. a. O., S. XLVII–LIII.

5 Das Werk des Untersuchungsausschusses, a. a. O., IV.2, Bd. 7.1, S. 239 f.

6 Das Werk des Untersuchungsausschusses, a. a. O., IV.2, Bd. 7.2, S. 106, 145, 239.

auf, dass der Nuntius auch von diesem Empfange hoch befriedigt war.“ Für die Aufnahme von Verhandlungen mit der Kurie und auf diese Weise auch mit England gab der Kaiser dem Kanzler grünes Licht.[7] Dieser betonte, von dem, was er jetzt vorhabe, dürfe niemand etwas erfahren. Um Gegenmaßnahmen der Parteien zu verhindern, müsse strengste Diskretion gewahrt werden.

3. Kapitel

Ringen um eine Friedenspolitik zusammen mit den Sozialdemokraten

Bereits am Abend des 26. Juni, eines für die Weltkriegsgeschichte bedeutungsschweren Tages, wurden um 19 Uhr Scheidemann und David, die aufgewühlt aus der Sitzung des SPD-Parteirats kamen, vom Kanzler empfangen. „Wir stellten ihm, vielleicht noch eindringlicher als schon so oft, die trostlose Lage dar, in der sich die Bevölkerung befand.“ Ihr Bericht über die Stimmung, die Forderungen der Delegierten des Parteiausschusses in Hinsicht auf die

Nuntius Pacelli

Kreditbewilligung löste beim Kanzler schwere Besorgnisse aus. Von der Forderung, sich in einer öffentlichen Erklärung für das Friedensprogramm des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates auszusprechen, hielt er nichts, lehnte aber eine solche auch nicht ausdrücklich ab. Bethmann Hollweg bat die beiden Sozialdemokraten, ihre Wünsche umgehend zu Papier zu

7 Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkrieg, hrsg. v. Jost Dülffer, a. a. O., S. 378–328.

bringen und sie ihm in zwei Tagen zugehen zu lassen. Er wollte sie der Obersten Heeresleitung vorlegen, um diese von ihren Kriegszielen abzubringen.

In der von David und Gradnauer ausgearbeiteten Denkschrift wurde die Volksstimmung genauso, wie sie auf der Delegiertenversammlung beschrieben worden war, dargestellt. „Schon jetzt sind Verzweiflungsausbrüche in verschiedenen Teilen des Reiches zu verzeichnen gewesen." Ein vierter Kriegswinter werde zu einer Katastrophe führen. Die Forderung der Sozialdemokratischen Partei lautete: Die deutsche Regierung müsse eine „jeder Deutungskunst entzogene Erklärung ihrer allgemeinen Friedensbereitschaft im Sinne des russischen Arbeiter- und Soldatenrates" abgeben. „Jede Unklarheit, jeder Schein, als wollten wir uns noch Türen offen halten für gewaltsame Gebietsaneignungen oder sonstige Vergewaltigungen der Lebensinteressen anderer Völker, muss beseitigt werden." Dass im Falle der Weigerung der Regierung, dies zu tun, die Kriegskredite wahrscheinlich nicht mehr bewilligt würden, unterschlug die Denkschrift. Stattdessen schilderte sie wortreich, dass bei einem Friedensschluss Deutschlands „nationales Recht auf Freiheit und Entwicklung" gewährleistet sein müsse, ferner wie durch eine solche Erklärung die Stimmungslage der Bevölkerung verbessert werden könne.[8]

Der Kanzler machte am 2. Juli seine Position in einer Konferenz deutlich, zu der er zusammen mit den Staatssekretären Helfferich, Graf von Roedern und von Capelle je zwei bis fünf Mitglieder der Reichstagsfraktionen und das Präsidium des Reichstags eingeladen hatte. Ausgeschlossen blieb die USPD.[9]

Die Sozialdemokraten hatten im Reichsamt des Innern schon am Tag zuvor klargemacht, was ihre Fraktion erwarte, damit die Bewilligung der neuen Kredite durch die SPD-Fraktion möglich sei: Der Reichskanzler müsse sich klipp und klar zu der „russischen Plattform" bekennen. Die Einführung auch des gleichen Wahlrechts für Preußen müsse zugesichert werden. David hatte Scheidemann gewarnt, „mit der Ablehnung der Kreditvorlage zu liebäugeln".

Die Kollegen wussten, dass jetzt diese Gefahr bestand. Scheidemann berichtete: „Alle waren ganz klein […] Die ganze Geschichte verlief äußerst gedrückt. […] Da ich außer dem dürftigen Frühstück fast nichts gegessen hatte, fiel ich nahezu um vor Hunger. […] Die politische Atmosphäre war mit Elektrizität geladen." Den Teilnehmern war klar, dass angesichts der Katastro-

8 Scheidemann, Der Zusammenbruch, a. a. O., S. 140–147.

9 Bundesarchiv, ehemaliges Deutsches Zentralarchiv Potsdam, RK, Nr. 13537, Blatt 298–311; Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkriege, hrsg. von Jost Dülffer, a. a. O., Entwurf Das erste Halbjahr 1917, S. 387 ff.; Scheidemann, Der Zusammenbruch, a. a. O., S. 82 ff.; Stresemann, Gedanken zur Krisis, in: Deutsche Stimmen, hrsg. von Hugo Böttcher, Nr. 15, 29. Jg., 10. August 1917, S. 417 ff.; David, Kriegstagebuch, a. a. O., S. 238 ff. auch zum Folgenden.

phenstimmung etwas passieren musste, um es nicht zum inneren Zusammenbruch kommen zu lassen.

Bethmann Hollweg erklärte nach dem Grundsatz, Stärke zu zeigen, die militärische Lage sei „erfreulich gut“. Er habe das zwei Tage zuvor bei seiner Besprechung mit Hindenburg und Ludendorff erfahren. Die beiden Herren hätten ihm versichert, die Armee sei auf den Winterfeldzug vorbereitet. Es komme jetzt darauf an durchzuhalten. Nicht wahrhaben wollte er, dass nach dem Angriff der Russen in Ostgalizien alle Friedenshoffnungen, welche die russische Revolution ausgelöst hatte, einen schweren Dämpfer erhalten hatten. Die Erfolge im U-Boot-Krieg würden zwar England nicht zusammenbrechen lassen, wie vorausgesagt, aber es doch friedenswillig machen. Dass es Vorschläge zu Verständigungsmöglichkeiten mit England gab, verschwieg er, wie er es sich vorgenommen hatte.

Er kam der SPD weit entgegen. Im Prinzip sei ja auch er mit der Formel des Petersburger Sowjets einverstanden. Der Krieg sei ein Verteidigungskrieg. An eine Annexion Belgiens habe er nie gedacht. Auf eine öffentliche Erklärung mit einer Friedensformel wolle er sich aber nicht festlegen. Er wisse nicht, ob es taktisch und praktisch richtig sei. Deutschland müsse „durchhalten ohne Schranken“. Jede Nervosität sei nur Wasser auf die Mühlen der Feinde. „Wir müssen auf den Frieden hinarbeiten, tun das aber nicht, wenn wir nach Frieden schreien.“

Der Kanzler lavierte also weiter, wollte sich nach keiner Seite festlegen, um Handlungsspielraum zu behalten.

Die Sozialdemokraten verstanden das als Ablehnung ihrer Forderung, begriffen nicht, dass dies im Grunde eine verschlüsselte Zusage war. Mehr konnte der Kanzler ihnen nicht anbieten, schon deswegen nicht, weil ja auch die Herren Graf Westarp und Spahn anwesend waren.

Alle gaben zu, dass die Stimmung im Innern miserabel sei und zu Besorgnissen Anlass gebe. Es wurde immer von „Stimmung der Bevölkerung“ gesprochen, niemand von all denen, die dort saßen, wagte, auf die Ursachen dafür einzugehen.

Von den Vertretern der anderen Parteien stimmte niemand den Sozialdemokraten zu. Payer warnte vor der Annahme der russischen Formel, sie sei zu vieldeutig. Stresemann, Spahn, Graf Westarp und Roesicke, die Vertreter deutscher expansiver Kriegsziele, dachten nicht daran, weiterhin auf Annexionen zu verzichten. Eine Perspektive für die siegreiche Beendigung des Krieges hatte niemand. Spahn behauptete, eine Rückgabe Elsass-Lothringens würde zu einer Weltmachtstellung Frankreichs führen. Helfferich sah beim Verzicht auf Annexionen

für Deutschland in Zukunft ein „Helotendasein“ voraus. Man müsse eben durchhalten und weiterhin auf den Erfolg des U-Boot-Krieges vertrauen. Dass die Sozialdemokraten nicht von ihrer Forderung abgehen würden, legte David dar. Die russische Revolution sei für Deutschland die einzige Chance.

Derjenige, der auf einen Ausweg sann, war Erzberger. Er blieb wortkarg und bemerkte nur, es sei die Frage, ob man nicht versuchen müsse, den Krieg politisch zu beenden. Das Volk müsse weiter seinen Zusammenhalt bewahren. Damit deutete er seine Taktik an, wie noch zu zeigen sein wird.

Den Sozialdemokraten ihre Forderung nach Gleichstellung im preußischen Wahlrecht zu erfüllen, dafür sprachen sich außer Graf Westarp auch die Vertreter der anderen Reichstagsparteien aus. Besonders Payer legte dar, dass es gelte, der Bevölkerung wenigstens „auf dem Gebiet der Freiheit eine Besserstellung in Aussicht zu stellen“. Ob das in den Fraktionen überhaupt durchsetzbar wäre, erörterte man nicht. Die Gegensätze zwischen den Sozialdemokraten und der Regierung sowie den übrigen Parteien schienen dennoch unüberbrückbar zu sein.

Bethmann Hollweg sah es als zwecklos an, die Kriegszielfrage öffentlich zu diskutieren. Ein Streit der Meinungen und Kampagnen in den Zeitungen, die den Konservativen, Deutschnationalen und dem Zentrum nahestanden, konnte für den Erfolg einer Verständigungspolitik, wie er sie jetzt für möglich hielt, verhängnisvoll sein. Dass die Oberste Heeresleitung sofort einschreiten werde gegen eine Politik, wie sie die Sozialdemokraten von ihm forderten, befürchtete er zu Recht.

4. Kapitel

Reichskanzler Bethmann Hollwegs Plan wird von einer Parteimehrheit zunichte gemacht

Kurt Riezler, der Privatsekretär Bethmann Hollwegs, berichtete vor dem zweiten Untersuchungsausschuß der Weimarer Nationalversammlung, der sich mit der päpstlichen Friedensaktion von 1917 befasste, der Kanzler habe am 6. oder 7. Juli die Times mit den Reden Lloyd Georges von Ende Juni 1917 erhalten. Bethmann Hollweg las auch, dass der englische Premierminister sich in Übereinstimmung mit dem Oppositionsführer des Unterhauses, Asquith, befand, der in einer Rede am 26. Juni ebenfalls gefragt hatte, was Deutschland mit Belgien zu tun beabsichtige, ob es nicht eine bestimmte Erklärung darüber geben könne. Der Kanzler

betrachtete die Informationen aus der Zeitung als Bestätigung, dass die englische Regierung hinter der Pacelli-Aktion stand.

Im zweiten Untersuchungsausschuss wurde eine merkwürdige Gleichzeitigkeit festgestellt. In dem Augenblick, in dem der deutsche Reichskanzler dies erfuhr, wurde er auch über Erzbergers Rede vom 6. Juli im Hauptausschuss informiert, die ihm seine eigene Friedenspolitik zerschlug.[10]

Riezler sagte aus: „Herr von Bethmann Hollweg hatte die Absicht, auf diese Reden Lloyd Georges in der für die folgenden Tage geplanten Plenarsitzung des Reichstages zu antworten, und zwar in sehr entgegenkommender Weise." Er habe die Absicht gehabt, seine bisherigen Erklärungen zur belgischen Frage noch weiter zu vertiefen und zu präzisieren, mit einer gleichzeitigen sehr scharfen Wendung gegen die Rechte. Er wollte betonen, dass die Politik in Deutschland von ihm respektive dem Kaiser gemacht werde und dass die Kreise, von deren großem Gewicht Lloyd George gesprochen hatte, in Deutschland de facto einflusslos seien. „Wir wollten Belgien vollständig wiederherstellen." In der Elsass-Lothringen-Frage war er bereit, Frankreich gegenüber eine Brücke zu bauen. Auf der Basis gegenseitiger Kompensationen sollten „Grenzberichtigungen" erfolgen. „Meine Rede im Reichstag wird auf einen starken Ton gestimmt sein."

Bethmann Hollweg meinte ferner, er könne die Sozialdemokraten dadurch beschwichtigen, dass er ihnen endlich die Einführung der vollen Gleichberechtigung bei den Landtagswahlen in Preußen zusichere.

Die Fortschrittliche Volkspartei, das Zentrum und die Nationalliberalen einigten sich am 5. Juli darauf, im Reichstag eine entsprechende Initiative zu unterstützen. Das war allerdings insofern wenig nützlich, als dafür das Preußische Abgeordnetenhaus zuständig war, wo die Vertreter des Zentrums und der Nationalliberalen nicht der gleichen Meinung waren wie ihre Reichstagskollegen.

Aber Bethmann Hollweg konnte den Kaiser dafür gewinnen. Bei ihm versuchte er, über einen Brief, den er Zivilkabinettschef von Valentini schrieb, zu erreichen, dass am Abend des 7. Juli ein großer Empfang stattfand, zu dem die Staatsregierung und führende Vertreter aller Parteien, auch der Sozialdemokraten, eingeladen werden sollten. Er dachte daran, wie am 4. August 1914 Einigkeit zwischen Kaiser, Regierung und Volksvertretung in ihrer Bereitschaft zum Frieden zu betonen.

---

10 Steglich, Die Verhandlungen des 2. Untersuchungsausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, a. a. O., S. 125–139, auch zum Folgenden.

Danach sollte Wilhelm II. durch eine öffentliche Erklärung für das Kriegsende die volle Gleichberechtigung aller Wähler bei den Wahlen in Preußen in Aussicht stellen. Außerdem sollten sofort Vertreter von Parteien in die Reichsregierung aufgenommen werden. Von einer solchen Parlamentarisierung versprach er sich, Eindruck auf die Mächte der Entente und die USA zu machen. Der Vorwurf, Deutschland sei ein autoritär regierter Staat, konnte dann nicht mehr erhoben werden. An eine förmliche Verfassungsänderung war allerdings nicht gedacht.[11]

Die drei engsten Berater des Kanzlers, Zimmermann, Helfferich und Riezler, vertraten vor dem Ausschuss 1921 die Auffassung, der Kanzler hätte mit einer solchen Vorgehensweise erfolgreich sein können. Bethmann Hollweg habe im Ausland ein „kolossales Vertrauen" gehabt. Der Kaiser hätte Verständnis für seinen Standpunkt gezeigt. Wenn man im engen Kreis mit dem Kaiser in aller Ruhe sprach, habe man ihn vernünftig und realpolitisch gefunden. Riezler zitierte seinen früheren Chef mit folgenden Worten: „Ich weiß ganz genau, in dem Augenblick, wo eine greifbare Friedensmöglichkeit vorliegt und ich damit komme, dass ich beim Kaiser alles durchsetzen kann."[12]

Am 5. Juli fand eine Sitzung des Reichstags statt. In dieser Sitzung erläuterte der Staatssekretär des Schatzamtes, Graf von Roedern, zunächst die Vorlage für einen neuen 15-Milliarden-Kredit und rechtfertigte sie. Der Krieg koste täglich 100 Millionen Mark. Die immer weiter gestiegenen Kosten begründete er mit höheren Ausgaben für Waffen und Munition. Ferner seien schließlich auch die Soziallasten für die Hinterbliebenen der Millionen Toten zu bezahlen.

Als er mit seinem Vortrag fertig war, trat der Zentrumsvorsitzende Spahn ans Rednerpult und stellte im Namen seiner Fraktion folgenden Antrag: „Wegen der anhaltenden Auseinandersetzungen im Hauptausschuss" sei „die Sitzung des Reichstags auf den 11. Juli zu vertagen". Dafür stimmte eine breite Mehrheit. Aber auch an diesem Tag fand die zu erwartende „große Debatte" über die Kriegskredite nicht statt. Die Sitzung wurde mit Unterstützung der Mehrheitsparteien, gegen die Konservativen und die USPD, auf den 19. Juli verlegt mit der Begründung, dass es keine handlungsfähige Regierung gebe.[13]

---

11 Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkrieg, hrsg. von Jost Dülffer, a. a. O., Entwurf „Das Erste Halbjahr 1917, S. 393 ff.

12 Bethmann Hollweg vor dem 15. Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung, in: Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkrieg, hrsg. v. Jost Dülffer, a. a. O., S., 455–483, 496–499, 251; Die Verhandlungen des 2. Untersuchungsausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, a. a. O., S. 123–155.

13 Verhandlungen des Reichstags, stenographische Berichte, Bd. 310, 111.Sitzung, 5. Juli 1917, S. 3502 ff.

Die geplante Rede konnte Bethmann Hollweg daher nicht halten. Eine Mehrheit im Reichstag hatte das zu verhindern gewusst. Am gleichen Tag brach die Hetzkampagne konservativer und nationalliberaler Zeitungen gegen den friedenswilligen Kanzler los.

5. Kapitel

Die Aktion Erzbergers: eine sogenannte Friedensresolution des Reichstags soll es sein

Das Phänomen Erzberger beschäftigte das politische Berlin, seit dieser im Alter von 28 Jahren 1903 als jüngster Abgeordneter des Reichstags in der Reichshauptstadt aufgetaucht war. Mit Staunen nahm man wahr, auf welche Weise es dem jungen Mann aus ärmlichen Verhältnissen, aufgewachsen in einem abgelegenen Dorf der Schwäbischen Alb, in wenigen Jahren gelang, seinen politischen Aufstieg zu organisieren.

Matthias Erzberger

Anfangs wurde er im Reichstag von der akademisch gebildeten Führungsgruppe und den Herren aus dem Adel, die im Zentrum den Ton angaben, herablassend behandelt. Sich in seiner Partei und im Reichstag Achtung und Ansehen zu verschaffen, dabei legte der junge

Volksschullehrer ein geradezu atemberaubendes Tempo vor. Mit seiner rastlosen Aktivität mischte er sich überall ein. Dahinter stand ein geradezu pathologischer Geltungsdrang.[14]

Erzberger entwickelte sich zum Prototyp des modernen Berufspolitikers; er widmete sich ausschließlich der politischen Arbeit. Er war fleißig, ehrgeizig, umtriebig, einfallsreich, vital, selbstbewusst, intelligent, hatte ein hervorragendes Gedächtnis, beherrschte die Kunst der freien Rede und war ausgestattet mit einer unerschöpflichen Arbeitskraft. Durch seine Lebensweise zeigte er, wie tief er im katholischen Glauben verankert war. Bald wurde er als Sprecher des Zentrums im Reichstag zu allen möglichen Themen eingesetzt. Seine Reden waren geistreich, unterhaltsam, in der Argumentation schlagend, jedermann hörte ihm zu. Er deckte Skandale auf und war in solche verwickelt. Mit der Wahrheit nahm er es nicht immer genau.

Nachdem er sich als Fachmann für Militärpensionsrecht und als Steuerexperte im Haushaltsausschuss profiliert hatte, griff er das Thema Kolonialpolitik auf. Indem er christliche Werte betonte, deckte er die vielfach brutale Behandlung der afrikanischen Bevölkerung, die Schlamperei und Korruption der deutschen Kolonialverwaltung auf. 1906 weigerte sich eine Reichstagsmehrheit, einem Nachtragshaushalt für die Kolonien zuzustimmen. Es folgten Reichstagsauflösung, Neuwahlen, die Kanzlerkrise von 1908. Immer hatte Erzberger dabei seine Hand mit im Spiel. Die Partei war nach den Wahlen von 1907 stärker als zuvor. In der Daily-Telegraph-Affaire beschuldigte Erzberger den Kanzler, den Kaiser bewusst getäuscht zu haben. Im Reichstag trat er als entschiedener Gegner der von Bülow erstrebten Besteuerung des Besitzes auf. Damit half er, die Konservativen und das Zentrum wieder zusammenzuführen.

Danach wurde Erzberger als Finanzfachmann seiner Partei zum eigentlichen Architekten der Steuerpolitik der Reichsregierung, die für die Finanzierung der Rüstungspolitik 1912/13 die Voraussetzung war. In außenpolitischer Hinsicht unterstützte er bedingungslos die deutsche imperialistische Weltmachtpolitik. 1912 wurde er Vorstandsmitglied der Zentrumspartei.

In dieser Zeit hatte ihn die deutsche Schwerindustrie als einen geeigneten Anwalt zur Vertretung ihrer Interessen entdeckt. Erzberger arbeitete mit August von Thyssen zusammen, der ihn finanziell unterstützte und für dessen Interessen er sich seit etwa 1910 einzusetzen be-

---

14 Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin/Frankfurt a. M. 1962, besonders S. 17–79, ferner Darstellung des ganzen Buches, auch zum Folgenden. Eppsteins Biographie entspricht bei aller Detailkenntnis in vielen Urteilen nicht immer wissenschaftlichen Ansprüchen, ist wenig quellenkritisch, enthält viele Widersprüche. Auf seine Erkenntnisse wird in wichtigen Aspekten eingegangen.

gann.[15] Als 1913 Liebknecht die Korruption bei der Vergabe von Rüstungsaufträgen im Reichstag aufdeckte, legte er als Verteidiger der Rüstungskonzerne eine Bewährungsprobe ab.

Nach Ausbruch des Krieges wurde Erzberger von Bethmann Hollweg als der geeignete Mann auserkoren, die Leitung der deutschen Propaganda für das neutrale Ausland zu übernehmen. Er besaß Reisefreiheit und hatte ungehindert Zugang zu allen Geheimkonferenzen des Auswärtigen Amtes, des Kriegs- und des Marineministeriums. Sein Büro in der Budapester Straße, am Bahnhof Zoo, war personell gut ausgestattet. Er beschäftigte drei Sekretärinnen und diktierte ihnen seine Berichte und Briefe nach Stenogramm. Seine Arbeitskraft wurde allgemein bewundert. Von sieben Uhr morgens bis zehn Uhr abends war er oft ununterbrochen aktiv.[16]

Bei Reisen, durch Kontakte mit Regierungsstellen, Pressesprechern, Zeitungsredaktionen, unter anderem in der Schweiz, Italien, Schweden und Holland, versuchte er, die deutsche Kriegspolitik in ein günstiges Licht zu rücken. Er sammelte Nachrichten und gab Informationsschriften heraus. Niemand in Deutschland war so gut unterrichtet wie er. Bethmann Hollweg setzte ihn als Sonderbotschafter ein, insbesondere um die Politik Österreichs zu beeinflussen und Italien und Rumänien aus dem Krieg herauszuhalten. Darüber hinaus betrieb er eigene Projekte, wollte z. B. den weltlichen Besitz des Vatikans wiederherstellen Viele seiner Pläne waren unrealistisch, meist scheiterte er damit.

Erzberger pflegte einen wöchentlichen Briefwechsel mit der Münchner Regierung Hertling, dem Sekretär des Papstes, Gerlach, ebenso wie mit Nuntius Pacelli in München und hatte dadurch Einblick in die Politik des Vatikans. Er diente mit seinen Kontakten den Diplomaten der Kurie als Berater, wurde von Papst Benedikt XV. und auch vom deutschen Kaiser zu Gesprächen eingeladen.[17]

In Hinsicht auf die Kriegsziele hatte Erzberger bereits im September ein weitreichendes Eroberungsprogramm formuliert. Es entsprach dem der Schwerindustrie ebenso wie der von den Konservativen, Nationalliberalen und dem Zentrum vertreten Annexionspolitik. Seit dem Frühjahr zog Thyssen ihn bei Rüstungsprojekten häufiger heran und schlug ihm vor, in den Aufsichtsrat seiner Firma einzutreten. Der stets geschäftstüchtige Erzberger stimmte zu. Dafür erhielt er ein Gehalt von 40 000 Reichsmark im Jahr.[18] Wofür er sich engagieren sollte,

---

15 Wolfgang Ruge, Matthias Erzberger. Eine politische Biographie, Berlin 1976, S. 40 ff.; Klaus Eppstein, Matthias Erzberger, a. a. O., S. 129 ff.

16 Peter Hanssen, Diary, a. a. O., S. 262.

17 Epstein, Matthias Erzberger, a. a. O., S. 138–186.

18 Epstein, Mattias Erzberger, S. 484 f.

zeigt ein Brief an Thyssen vom Juni 1915. Darin waren alle bereits beschriebenen Kriegsziele der Schwerindustrie aufgeführt einschließlich ausreichender Kriegsentschädigungen, um Deutschland nach dem Krieg zu erwartende Steuererhöhungen von jährlich drei Milliarden Mark zu ersparen.[19] In einem Zeitungsartikel schlug Erzberger vor, mit Bomben aus der Luft ganz London zu vernichten. Das sei humaner, als noch einen einzigen deutschen Volksgenossen auf dem Kampffeld bluten zu lassen.[20]

Zum Missfallen Bethmann Hollwegs begann er mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Graf Hertling über den künftigen Status Belgiens zu verhandeln. Belgien solle preußisch werden, Bayern dafür Elsass-Lothringen erhalten. Im Frühjahr 1917 näherte er sich in Hinsicht auf Belgien der Position des deutschen Kanzlers an: keine Annexion, aber wirtschaftliche und militärische Beherrschung, um für Deutschlands Zukunft eine gesicherte Handelspolitik zu garantieren.

Die Aktivitäten schwerindustrieller Kreise, in Verbindung mit Konservativen, Nationalliberalen und Oberster Heeresleitung, Kanzler Bethmann Hollweg zu beseitigen, wurden nach dem Friedensangebot des Kanzlers vom Dezember 1916 ununterbrochen verstärkt. Auf einer Konferenz im Hotel Adlon wurde im Februar 1917 eine entsprechende Eingabe an den Kaiser geplant. Ein Schreiben Hindenburgs vom 14. März, den Kanzler zu entlassen, hatte keinen Erfolg.[21] Im Zuge dieser Anstrengungen wurden Helfer beim Kanzlersturz im Reichstag gesucht. Was bisher keiner geschafft hatte, das zu erreichen muß dem umtriebigen Erzberger als eine besonders reizvolle Aufgabe erschienen sein. Er traf sich seit dem Frühjahr 1917 mehrmals mit Oberst Bauer und stand mit ihm in ständigem Briefkontakt.[22] Seit Mai 1917 arbeitete er mit der Obersten Heeresleitung zusammen, um deren Kriegszielpolitik im Parlament durchzusetzen. Er war nun derjenige, der hinter den Kulissen die Fäden zog, um die Politik Bethmann Hollwegs zu hintertreiben.[23]

Im Untersuchungsausschuss über die Ursachen des Zusammenbruchs kamen die ehemaligen Reichstagsabgeordneten und Sachverständigen bei ihren Diskussionen über den Reichstag im Weltkrieg in vielen Beiträgen auf Erzberger zurück. Oft wurde über seinen Charakter gespro-

---

19 Abgedruckt bei Epstein, Mathias Erzberger, a. a. O., S. 129.

20 Artikel in der Anklamer Zeitung, Februar 1915, bei Epstein, a. a. O., S. 129.

21 Graf Westarp, Konservative Politik, 2. Bd., a. a. O., S. 303–335; Deutschland im Ersten Weltkrieg, Autorenkollektiv, a. a. O., S. 724–730.

22 Wilhelm Deist, Militär und Innenpolitik im Weltkrieg, 2. Teil, Düsseldorf 1970, S. 764–768; Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18, 1.Teil, bearbeitet von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1959, S.173 ff.

23 Werk des Untersuchungsausschusses, Die Ursachen des Zusammenbruches im Jahre 1918, IV.2, Bd. 7.2, a. a. O., S. 235.

chen, der ihn befähigte, auf das politische Geschehen im Krieg einen so großen Einfluss zu nehmen: seine Fähigkeit zu unzähligen Kontakten nach allen Richtungen, Vitalität, „Leichtwendigkeit“, Undurchsichtigkeit. Er arbeite immer „auf weite Sicht“.[24] Scheidemann nannte seine „Beweglichkeit“ und „eine gute Nase für reife Situationen“ als hervorstechende Charaktereigenschaft. Conrad Haußmann bezeichnete Erzbergers Charakter in seinen Aufzeichnungen als „ulysses-artig“. „Er war so erfindungsreich, aber robuster als der Dulder Odysseus“, einer, der aus jeder Gefahrensituation einen Ausweg fand.[25]

Von den Inhalten der vielen Besprechungen zwischen Vertretern der Reichstagsparteien, in denen die Weichen für das Geschehen der Tage zwischen 3. und 19. Juli gestellt wurden, gibt es nur wenige Aufzeichnungen. Aber in den Grundzügen kann man das, was geschah, aus Aufzeichnungen in Tagebüchern, Lebenserinnerungen, Protokollen von Sitzungen politischer Gremien und Zeitungsberichten einigermaßen rekonstruieren.

In der zweiten Juniwoche 1917 vermittelte Bauer zunächst mit Stresemann, der nach Bassermanns Krankheit in der Nationalliberalen Partei immer mehr Einfluß gewann, ferner mit Erzberger, Gespräche mit Hindenburg und Ludendorff. [26]

Bei einer Unterredung zwischen Erzberger und Bauer am 10. Juni 1916 kam auch zur Sprache, wie schlecht die militärische Situation für Deutschland war und dass auch mit einem vierten Kriegswinter zu rechnen sei. Beide begannen, Pläne aufzustellen, ein „geistiges Kriegsernährungsamt“ zu errichten, um die Stimmung der Volksmassen zu heben. Am 19. Juni traf sich Erzberger erneut mit Bauer. Dem Kanzler blieb dieses Treiben, das offensichtlich gegen ihn und die Regierung gerichtet war, nicht verborgen. Bauer stellte ihm gegenüber klar, die Kontakte mit Erzberger hätten rein privaten Charakter gehabt. Erzberger unterrichtete den Kanzler in einem Brief vom 16. Juni darüber und behauptete, es sei um Probleme der Munitionsversorgung gegangen.[27] Bethmann Hollweg hatte aber Verdacht geschöpft, dass sein enger Mitarbeiter auf die Seite seiner Gegner übergetreten sei.

In den letzten Junitagen hatte Erzberger von sozialdemokratischen Reichstagskollegen erfahren, es könne nicht damit gerechnet werden, dass ihre Fraktion die neuen Kredite ohne weiteres genehmigen würde. Nach Unterredungen mit Südekum und Cohen-Reuß Ende Juni

24 Das Werk des Untersuchungsausschusses, Ursachen des Zusammenbruches im Jahre 1918, IV.2, Bd. 7.2, S. 238–242.

25 Scheidemann, Der Zusammenbruch, a. a. O., S. 85; Haußmann, Schlaglichter, a. a. O., S. 143; Aus Conrad Haußmanns politischer Arbeit, hrsg. von seinen Freunden, Frankfurt a.M. 1923, S.109

26 Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/128, 1.Teil, a. a. O., Oberst Bauer, Aufzeichnungen über den Sturz des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg, S. 81–83; Stresemann an Franz v. Buhl „In der Bethmannkrise habe ich Tag für Tag mit der Obersten Heeresleitung zusammengearbeitet.“, S. 477.

27 Eppstein, a. a. O., S. 208 ff.

wußte er über die Vorgänge in der SPD Bescheid. Ihm kam zur Kenntnis, dass die Sozialdemokraten einen Antrag einbringen wollten, um die Zustimmung zu den Krediten von klaren Bedingungen abhängig zu machen. Die Regierung müsse sich mit der Formel Scheidemanns für einen Frieden „ohne Annexionen und Kontributionen“ einverstanden erklären. Falls die Kredite von den Sozialdemokraten abgelehnt würden, schien ihm der innere Zusammenbruch wahrscheinlich zu sein.[28] In welcher Weise Erzberger in den folgenden Tagen taktierte, lässt sich an seinem Verhalten während der erwähnten Krisensitzung des 2. Juli 1917 beobachten. Er äußerte sich dabei folgendermaßen: Die Stimmung in der Bevölkerung sei deswegen so schlecht, weil die Menschen fürchteten, dass ein neuer Kriegswinter bevorstünde. Man frage sich natürlich, ob der Krieg noch siegreich zu Ende geführt werden könne, ob man ihn nicht vielmehr durch eine politische Lösung zu Ende bringen müsse. Die größte Gefahr sei die Uneinigkeit. Es gelte, die äußerste Entschlossenheit im ganzen Volk wiederherzustellen. Es müsse alles getan werden, „um die Stimmung hoch zu erhalten“. „Gelingt es, Einigkeit herzustellen, so halten wir durch.“[29]

Zentrumsabgeordneter Erzberger, SPD-Abgeordneter Südekum, Otto Arend von den Freikonservativen

28 Erzberger, Erlebnisse, a. a. O., S. 259 f.
29 Siehe Belege über die Besprechung vom 2. Juli in Teil IV, Kap. 4.2.

Diese Darlegungen waren schillernd und vieldeutig. Er war der einzige, der in dieser Sitzung auf die Erklärungen Scheidemanns und Davids einging und aufzeigte, dass sie ernst genommen werden mussten. Die Einigkeit wiederherstellen, das konnte nur heißen, deren Forderungen nach einer Reichstagsentschließung aufzunehmen und sie mit den Kriegszielforderungen der anderen Parteien in Einklang zu bringen. Endziel für Erzberger war, die Möglichkeiten zum Durchhalten zu schaffen. Das wollten die Vertreter der anderen Parteien und Kanzler Bethmann Hollweg auch. Aber einen Weg, wie das geschehen könnte, hatten sie außer den Vorschlägen nach der Reform des preußischen Wahlrechts nicht. Erzberger wollte mehr bieten.

Dass die Gefahr innerer Unruhen, eines Umsturzes drohte, wurde von vielen Beobachtern der innenpolitischen Situation befürchtet. Der Berliner Historiker Hans Delbrück trat in einem Brief an Bethmann Hollweg vom 1. Juli 1917 dafür ein, umgehend die vollständige Reform des preußischen Wahlrechts mit gleicher Gewichtung der Wählerstimmen zu verkünden. Eine Anzahl liberale Professoren, wie Meinecke, Troeltsch, Harnack und andere, schlossen sich dieser Forderung an. Delbrück war der Auffassung, dass nach dem Scheitern des U-Boot-Krieges, angesichts der Gefahren, die von den USA drohten, der Unerreichbarkeit eines Friedens mit Russland die „innere Krisis“ zu befürchten sei. Die Sozialdemokraten zu stützen sei ein „Rettungsmittel“ vor dem, was nun drohe, dem inneren Zusammenbruch.[30]

Die Redakteure des Berliner Zentrumsblattes *Germania* waren in alles, was Erzberger wollte, eingeweiht und erläuterten seine jeweiligen taktischen Schritte. Sein Einfluss auf die Zeitung beruhte auch darauf, dass er aus dem Vermögen seiner Frau Besitzanteile an ihr erworben hatte.

Welches Ziel Erzberger seit Ausbruch der Krise verfolgte, lässt sich aus einem Zeitungsartikel der *Germania* vom 11. Juli entnehmen. Er war auf der ersten Seite abgedruckt worden. Hingewiesen wurde zunächst darauf, dass mit den Drohungen der Sozialdemokraten, Zweideutigkeiten in Hinsicht auf die Kriegsziele nicht mehr zuzulassen, eine Krise entstanden sei. Es gehe jetzt darum, „den reinen Verteidigungscharakter der deutschen Notwehr in entschiedener Absage an alles alldeutsche Gerede festzulegen“. Das Zentrum strebe allein danach, für das Vaterland das zu erreichen, was es brauche, um den großen Kampf zu Ende zu führen. „Das wird der Leitstern für das Handeln des Zentrums sein und bleiben.“ Die weitere Mitwir-

30 Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkrieg, hrsg. von Jost Dülffer, Entwurf, „Das erste Halbjahr 1917“, S.376 f.

kung der Arbeiterschaft am deutschen Verteidigungskrieg sei für sein Gelingen unentbehrlich.

Für die „Lösung der Krise“, so die *Germania* am 11. Juli, sei die parlamentarische Konstellation noch nicht zu übersehen. „Es scheint aber sicher“, so heißt es dann, „dass eine Einigung über die Friedensresolution unter der Voraussetzung zu erzielen ist, dass der Posten des Kanzlers neu besetzt wird“.[31] Bethmann Hollweg sollte also beseitigt werden. Als Gegenleistung sollte das Zentrum, das die Sozialdemokraten brauchten, „eine bestimmte Erklärung“ über die Kriegsziele „ohne Annexionen und Kontributionen“ unterstützen.

Zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen! Erzbergers Vorhaben schien illusionär. Die Zentrumsfraktion wollte von Friedensvorschlägen nichts wissen. Die meisten Fraktionsmitglieder lehnten auch eine Reform des preußischen Wahlrechts ab. Die Mehrheit des Zentrums stand ebenso wie die Fortschrittliche Volkspartei zu diesem Zeitpunkt hinter Bethmann Hollweg. Erzberger unternahm den Versuch, die bestehenden Gegensätze innerhalb der Parteien und zwischen den Fraktionen aufzulösen und sie zum gemeinsamen Handeln für das, was er erreichen wollte, zusammenzuführen. Seine Partei, möglicherweise auch die Nationalliberalen, mussten dazu gebracht werden, die preußische Wahlrechtsreform zu akzeptieren und eine Friedensinitiative im Reichstag zu unterstützen, so sein Plan. Die Gegenleistung der Sozialdemokraten konnte eventuell eine Beteiligung am Sturz des Kanzlers sein.

6. Kapitel

Die Gründung des Interfraktionellen Ausschusses

Am Morgen des 2. Juli um acht Uhr fand im Reichstag eine Unterredung zwischen Erzberger und Richard Müller-Fulda von der Zentrumsfraktion statt. Erzberger weihte diesen in seine Pläne ein. Er schilderte ihm seinen Eindruck von der katastrophalen Stimmung in Deutschland, die Spannungen in der SPD und erwähnte auch die Friedensnote des Papstes, deren Inhalt er kannte. Jetzt komme es darauf an, eine Kundgebung des Reichstags für einen annexionslosen Frieden, wie ihn die Sozialdemokraten forderten, zu unterstützen. Nach einem späteren Zeugnis von Müller-Fulda fiel der Vorschlag, eine interfraktionelle Besprechung abzuhalten, um andere Parteien, vor allem die Fortschrittliche Volkspartei, dafür zu gewinnen.[32]

31 Germania, Ausgabe 11. Juli 1917.

32 Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruches, IV.2, Bd. 7.1, a. a. O., S. 384 f.

Am gleichen Tag muß eine Art taktisches Bündnis zwischen Erzberger und den Sozialdemokraten zustande gekommen sein. Um ihre Zustimmung zu den Krediten zu erreichen, stellte er ihnen eine Erklärung der anderen Parteien in Aussicht.[33] Scheidemann konnte das gar nicht fassen, sprach von der „Bekehrung des Matthias". David schien das kaum glaubhaft zu sein.[34]

Bereits am folgenden Tag, dem 3. Juli, erlebten die im Hauptausschuss versammelten Reichstagsabgeordneten, Regierungsmitglieder und Beamten ihn mit Ebert und anderen Sozialdemokraten in gemeinsamer Aktion. Nachdem Finanzstaatssekretär Graf Roedern die gegenwärtigen Kosten des Krieges von monatlich drei Milliarden Mark begründet und erklärt hatte, warum eine neue Kreditvorlage von 15 Milliarden Mark notwendig sei, ergriff Ebert das Wort.

Er schilderte mit einer Drastik und Schonungslosigkeit, wie das in den politischen Entscheidungsgremien zuvor nicht geschehen war, die katastrophale wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung. Das Fazit, das sich für ihn daraus ergab, hieß: Wir sind am Ende unserer Kraft, wir sind am Schluss.[35] dass die militärischen Mittel zur Fortführung des Krieges ausreichten, hielt er für zweifelhaft. Das Volk habe in seiner Verzweiflung alles Vertrauen zur Regierung verloren, es bleibe nur die Möglichkeit zur Einleitung sofortiger Friedensverhandlungen aufgrund der Formel „ohne Annexionen und Kontributionen". Ferner forderte er die konsequente Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts.

Erzberger sprang ihm sofort bei. Er kritisierte die „vollständig falsche Berechnung der Versenkungsziffern", die Täuschung der Öffentlichkeit in Bezug auf den U-Boot-Krieg. England, dem die gesamte Welttonnage zur Verfügung stehe, werde auch 1918 nicht um Frieden bitten müssen. Durch eine Offensive großen Stils irgendeinen entscheidenden Erfolg im Landkrieg herbeizuführen, werde nicht gelingen. Es sei ein Irrtum zu glauben, Deutschland könne mit dem Schwert den Frieden diktieren. Jetzt sei die Frage, wie man aus dem Krieg herauskomme.[36]

Der Formel des russischen Arbeiter- und Soldatenrats zu folgen, einen Frieden des Status quo zu erstreben, hielt er nicht für sinnvoll. Das würde von den Gegnern als Zeichen der Schwäche aufgefasst, sei in Deutschland nicht durchsetzbar und garantiere keinen dauerhaften

33 Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie, 2. Teil, a. a. O., Cohen-Reuß, S. 272.
34 Scheidemann, Zusammenbruch, S. 85; David, Kriegstagebuch, S. 240.
35 Der Hauptausschuss des deutschen Reichstags, Bd. 3, a. a. O., S. 1480–1485, auch zum Folgenden.
36 Der Hauptausschuss des Deutschen Reichstags, Bd. 3, a. a. O., S. 1485–1489, auch zum Folgenden.

Frieden. Auf die innere Einheit und Geschlossenheit komme es jetzt an. „Die Basis zu einer allgemeinen Verständigung“ liege in der Rückkehr zu dem Gedanken, unter dem der Krieg begonnen worden sei: nicht zu Eroberungszwecken, sondern zur Verteidigung des Vaterlandes gegen fremde Angriffe. Dazu seien die Waffen erhoben worden.

Erzberger unterstützte Eberts Forderung, dass Schritte zu einem neuen Friedensangebot unternommen werden müssten. Betont werden sollte der Verteidigungscharakter des Krieges. Ziel sei ein „dauerhaften Frieden“, das hieß mit „Sicherheitsgarantien“. Es handelte sich um die bekannten Worthülsen, auslegbar, nichts anderes als bisher. Von der belgischen Frage sprach er nicht, obwohl jeder wusste, dass hier der Schlüssel für einen Frieden lag.

Auf diese Vorstöße Eberts und Erzbergers am 3. Juli hin entwickelte sich im Hauptausschuss in den Sitzungen des 4. bis 6. Juli eine wütende, leidenschaftliche, sich immer weiter zuspitzende Debatte.[37]

Für die Sozialdemokraten fuhren Noske und vor allem Hoch noch stärkere Geschütze auf. Ihre Darlegungen über die unerträglichen sozialen Verhältnisse, die Notlage der Bevölkerung untermauerten Eberts Darstellung und ließen überhaupt keinen Widerspruch zu. Demnächst würden „alle Dämme brechen“. Hoch hielt den Versammelten vor, den Arbeitern und Bauern sei jeder Friede recht, das deutsche Volk sei am Ende seiner Kraft, es befinde sich bereits mitten in der Revolution.

Die Beschönigungsversuche der Regierungsmitglieder, der Konservativen und Nationalliberalen wirkten hilflos. Es bleibe keine andere Wahl, als durchzuhalten, das Volk müsse zu neuer Kriegsbegeisterung hingerissen werden. Der U-Boot-Krieg habe alle Erwartungen übertroffen, die Wirkung auf England werde nicht ausbleiben. Vor allem dürfe Deutschland mit dem Reden vom Frieden keine Schwäche zeigen. Stresemann gab sogleich der Reichsführung die Schuld an der Verwirrung über die Kriegsziele und an der „Zerfleischung der Parteien“.

Der Sprecher der Fortschrittlichen Volkspartei, Gothein, ging schon am 5. Juli mit großer Entschiedenheit auf die Sozialdemokraten zu und übernahm deren Position. Bei den Liberalen hatte sich der linke Flügel um Haußmann durchgesetzt, deren entschiedenster Vertreter Gothein war. Er nannte Tirpitz einen „Bluffer“. Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg habe die USA an die Seite Englands geführt und Deutschlands Position verschlechtert. Der Reichstag dürfe sich nicht weiter mit Versprechungen abspeisen lassen, das Volk wolle etwas sehen. Eine wirkliche Reform des preußischen Wahlrechts sei überfällig. Man müsse zum Friedensziel von

37 Der Hauptausschuss des Deutschen Reichstags, 3. Bd., a. a. O., S. 1489–1537, auch zum Folgenden.

1914 zurückkehren und „diesen unseligen Krieg und das größte Elend, dass je über die Menschheit gekommen ist, zu Ende bringen“.

Das Zentrum reagierte unentschlossen. Der Fraktionsvorsitzende Spahn betonte, dass Erzbergers Ausführungen „eindrucksvoll“ seien. Mit der Fraktion habe er seinen Vorstoß nicht abgesprochen, aber jeder müsse sich fragen, ob auf dem von ihm vorgeschlagenen Weg der Versuch gemacht werden könne, zu einem Frieden zu gelangen.

Als Vertreter der Regierung bemühten sich die Staatssekretäre Helfferich, Zimmermann, Graf Roedern und Capelle in stundenlangen Vorträgen, mit immer wieder neuem Zahlenmaterial zu beweisen, dass der U-Boot-Krieg weiterhin aussichtsreich sei. Früher oder später werde England zusammenbrechen.

Deren Argumente widerlegte schließlich Erzberger mit seiner berühmten Rede vom 6. Juli. Für seine These, dass England durch den U-Bootkrieg nicht in die Knie zu zwingen sei, da es sich bei Schiffstransporten auf die gesamte Welttonnage stützen könne, lieferte er jetzt genauere Berechnungen und beweiskräftiges Zahlenmaterial. Er hatte das, was er hier vorbrachte, weder mit seiner Partei noch mit den Vertretern der Regierung abgesprochen. Noch in einer Konferenz Helfferichs mit den Parteiführern am 30. Juni hatte er versichert, er werde seine Bedenken gegen den Erfolg des U-Boot-Krieges, die er auch hier schon vorgetragen hatte, zurückhalten. Wie im Erzbergerprozeß 1920 herauskam, sollte hier ein Schock erzeugt werden. Ziel war, die Parteien zu Beratungen zusammenzuführen.[38]

Unter den zahlreichen im Hauptausschuss versammelten Beamten und Parlamentariern schlug das, was Erzberger an diesem Tage sagte, wie eine Bombe ein. In der allgemeinen Verwirrung, da alle bisherigen Hoffnungen zusammengebrochen waren, wiederholte er seine Forderung nach einer Friedensinitiative des Reichstags. Eine Entschließung, wie er sie im Auge habe, werde man Deutschland nicht als Schwäche auslegen können. Einen „Unterwerfungsfrieden“ werde Deutschland nicht abschließen.[39] Der Vorschlag, Besprechungen zwischen den Parteien aufzunehmen, wurde von den Liberalen Haußmann und Naumann aufgegriffen. Sie forderten die anderen Parteien dazu auf mitzumachen. Für Naumann ging es darum, „über die Bedingungen der Kreditbewilligung zu sprechen“. Ebert schlug die Einsetzung eines Unterausschusses vor, um den Vorschlag Erzbergers zu realisieren. Der Interfraktionelle Ausschuss war gegründet. Er trat zur Formulierung einer Friedensresolution noch am Nach-

38 Erzberger, Erlebnisse im Weltkrieg, a. a. O., S.255–262.

39 Der Hauptausschuss des Deutschen Reichstags, 3. Bd., a. a. O., S. 1488 f.

mittag des 6. Juli zusammen. Erzbergers Schockterapie hatte das Zentrum und auch die Nationalliberalen dazu gebracht, an den Beratungen teilzunehmen.
Für Conrad Haußmann, der wie wohl kein anderer in das ganze Hintergrundgeschehen der Julikrise eingeweiht war, war es später moralisch unverzeihlich, was Erzberger in diesen Tagen tat. „Wenn man am 6. und 7. Juli 1917 eine Politik der Einlenkung zur Friedensstimmung propagiert und damit der Reichsregierung Bethmanns Luft gegen Ludendorff und Bauer schafft, dann darf man nicht am 7. und 8. Juli insgeheim mit Oberst Bauer und Rechtspolitikern den Sturz Bethmann Hollwegs vereinbaren“[40] dass es vor allem hierum ging,[41] war den meisten nicht wohl nicht klar.

7. Kapitel

Die Ausarbeitung der Friedensresolution

An den Beratungen des Interfraktionellen Ausschusses vom 6. bis 13. Juli über die Friedensresolution nahmen 16 Abgeordnete, je vier von den Nationalliberalen, aus dem Zentrum, von der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten teil. Nicht zu jeder Sitzung kamen alle, einige von ihnen wurden an einzelnen Tagen von Parteikollegen vertreten. Zum Leiter des Gremiums wurde Friedrich Payer gewählt, Vorsitzender der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei.
Das gesamte Material der Verhandlungen wurde von Erich Mathias und Rudolf Morsey mit großer Umsicht bearbeitet. Ihre Edition der Akten des Interfraktionellen Ausschusses stellt eine zuverlässige Grundlage zur Erforschung der Thematik dar. Die Quellenlage ist allerdings lückenhaft. Die vorliegenden Aufzeichnungen über die Sitzungen sind keine Protokolle, sondern Stenogramme Südekums für den eigenen Gebrauch. Redebeiträge sind meist nicht wörtlich wiedergegeben, sondern zusammengefasst oder gekürzt, oft auch in einer speziellen Terminologie des Verfassers festgehalten. Wichtigen Aufschluss geben ergänzend Tagebuchaufzeichnungen Haußmanns und Davids sowie Dokumente aus Erzbergers und Stresemanns Nachlass. Scheidemanns Darstellung in seinem Buch „Der Zusammenbruch“ beruht zwar auf täglichen persönlichen Niederschriften, ist aber deswegen kritisch zu betrachten, weil er sein Verhalten so beschreibt, wie er es nach dem verlorenen Krieg gesehen haben wollte. Zum

40 Aus Conrad Haußmanns politischer Arbeit, a. a. O., S.110.
41 Der Prozeß Erzberger–Helfferich. Ein Rechtsgutachten, 2. Auflage Ulm 1921, S. 51–79.

Vergleich lassen sich seine bereits 1917 in der *Glocke* veröffentlichten Aufzeichnungen heranziehen.[42]

Die erste Sitzung begann am 6. Juli um 15 Uhr 30.[43] Man kann davon ausgehen, dass die SPD-Vertreter Ebert, Scheidemann, David und Südekum sich darüber einig waren, was sie wollten, nämlich eine Friedensresolution, wie sie sie im Hauptausschuss verlangt hatten. Nach David sollte „die Formel ganz klar, ehrlich und offen sein". Auch die Entente dürfe nicht daran vorüberkommen.

Bei den Liberalen war mit Payer, Haußmann, Gothein und Müller-Meiningen überwiegend der eher pazifistische Flügel der Partei repräsentiert. Von den Zentrumsvertretern Fehrenbach und Müller-Fulda kann man annehmen, dass sie für eine Friedensinitiative eintraten, um dabei nicht den Sozialdemokraten allein das Feld zu überlassen. In der Zentrumskorrespondenz hieß es, der Vorstoß des Herrn Erzberger sei nötig gewesen, um einen Antrag der Sozialdemokratie zugunsten des Scheidemannschen Verzichtsfriedens zu verhindern. Ähnlich äußerte sich Fehrenbach in einer Rede in Freiburg am 17. Juli.1917.[44] Erzberger war an der Formulierung des Resolutionstextes nicht beteiligt, er überließ die Arbeit seinen Kollegen.[45] Spahn, unterstützt von Pfleger, bemühte sich darum, auch die Konservativen mit in die Beratungen einzubeziehen. Der Text sollte mit ihrer Hilfe in einem Sinn, der auch weiterhin Annexionen zuließ, „umgebogen" werden. [46]

Die nationalliberalen Vertreter Schiffer, von Richthofen, von Calker und Junck waren von der Notwendigkeit, zum jetzigen Zeitpunkt eine Friedensresolution zu beschließen, überzeugt, während Stresemann ausschließlich die Beseitigung Bethmann Hollwegs erreichen wollten. Er nahm nur an der ersten Sitzung teil.[47]

Die Beteiligten waren sich äußerst unsicher, wie der Text formuliert werden müsse, damit er angesichts unterschiedlicher Intentionen in der Friedensfrage in den Fraktionen überhaupt durchsetzbar war.

Zunächst wurde über die Frage des preußischen Wahlrechts verhandelt. Eine bestimmte Erklärung, dass in Preußen auch das gleiche Wahlrecht eingeführt werden solle, ließ sich nicht

42 Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18, bearbeitet von Erich Matthias und Rudolf Morsey, 1. Teil, Düsseldorf 1959; Philipp Scheidemann, Die Friedensresolution, Tagebuchblätter, in: Die Glocke, 6. Jg. 1920, drei Teile, S. 147–235.

43 Der Interfraktionelle Ausschuss, 1917/18, 1. Teil, a. a. O., S. 3–12, auch zum Folgenden.

44 Graf Westarp, Konservative Politik, 2. Bd., S. 475.

45 Philipp Scheidemann, Memoiren eines Sozialdemokraten, 2. Bd., Dresden 1928, S. 35; Ursachen des Zusammenbruchs, IV.2, Bd. 7.1, a. a. O., S. 283.

46 Die Ursachen des Zusammenbruchs, IV.2, Bd. 7.2, a. a. O., S. 169 f.

47 Das ergibt sich aus den Gesamtverhandlungen, Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18, 1. Teil, a. a. O., S. 3–115; danach auch das Folgende.

erreichen, da eine solche bei den Nationalliberalen und im Zentrum mehrheitlich nicht zustimmungsfähig war. Stresemann und Erzberger machten das klar. Payer wurde aber beauftragt, dem Kanzler im Namen der versammelten Fraktionsvertreter mitzuteilen, dass er dies beim Kaiser durchsetzen solle. Bethmann Hollweg müsse den Kaiser zu einer Erklärung veranlassen, dass, über die Osterbotschaft hinausgehend, auch das Gleichheitsprinzip bei der Reform zur Anwendung komme. Das Problem, ob dies im Preußischen Abgeordnetenhaus eine Mehrheit finden würde und inwieweit es in der Presse der beiden Parteien bekämpft werden würde, griff man gar nicht erst auf.

Die Sozialdemokraten konnten nun jedoch darauf hoffen, dass der Kanzler die Zustimmung beim Kaiser in den nächsten Tagen erreichen könnte, was dann auch gelang.

Ganz offensichtlich war vorher abgesprochen worden, dass sie, nachdem die anderen Parteien sich zu diesen Beratungen bereit erklärt hatten, von ihren Wünschen Abstriche machen und Gegenleistungen erbringen müssten.

Die Rechnung wurde ihnen sogleich von Stresemann und Erzberger präsentiert. Eine Friedensresolution sei zwecklos, wenn nicht zuvor ein „Personalwechsel“ eingetreten sei. Im folgenden wurde, nach den Aufzeichnungen Südekums, ständig von „Systemwechsel“ gesprochen, oder es war von einer „Erneuerung der Regierung“ die Rede.[48] Gemeint war damit auch die Forderung einer Berufung von Reichstagsabgeordneten in Regierungsämter bzw. Beratungsgremien der Regierung, eine Verfassungsreform mit mehr Einfluss des Parlaments. Niemand sprach offen aus, dass so vor allem der Sturz des Kanzlers zum Thema geworden war. Die Nationalliberalen kamen in den folgenden Tagen immer wieder darauf zurück. Sie verkündeten klipp und klar, dass ihre Fraktion der Friedensresolution nur dann zustimmen werde, wenn zuvor der Kanzler zurückgetreten sei.

Die Friedensresolution entstand, indem verschiedene Entwürfe formuliert wurden, die dann immer wieder abgeändert wurden.

Man muss von dem ersten Vorschlag ausgehen und ihn mit der späteren Endfassung vergleichen (siehe Anfang dieses Teils), um zu verstehen, was in den folgenden Tagen beim Ringen um den endgültigen Wortlaut geschah. Diese erste Fassung, mit deren Ausarbeitung Gothein, David, Richthofen und Erzberger am 6. Juli beauftragt worden waren, wurde in seinen zentralen Aussagen dem Anliegen der SPD und der Fortschrittlichen Volkspartei, jedenfalls ihrem linken Flügel, in einem gewissen Umfang gerecht. Sie basierte auf der Vorarbeit Gotheins, er-

48 Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18, 1. Teil, a. a. O., S. 5–12.

hielt unter Mitarbeit Davids und Richthofens ihre endgültige Form und wurde im Ausschuss am 7. Juli morgens vorgetragen.[49]

Der Text lautete folgendermaßen:

> *„Auch am Schluss des dritten Kriegsjahres steht das deutsche Volk auf dem Standpunkt vom 4. August 1914: Uns treibt nicht Eroberungssucht. Nur zur Verteidigung seiner Freiheit, Selbständigkeit und Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes wie der gleichen Interessen seiner Verbündeten führt es die Waffen. Unter Ablehnung des Gedankens zwangsweiser Gebietserwerbungen und der Vergewaltigung des Rechts anderer Völker auf Freiheit und Selbstbestimmung erstrebt der Reichstag einen Frieden der Verständigung und der Versöhnung der Völker.*
>
> *Mit einem solchen Frieden sind aufgezwungene Kriegsentschädigungen und andere wirtschaftliche Vergewaltigungen unvereinbar. Unter keinen Umständen rechtfertigt die Frage finanzieller Entschädigungen eine Verlängerung des Krieges. Ebenso weist der Reichstag alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker auch nach dem Krieg ausgehen. Nur wenn der Wirtschaftsfriede der Beendigung des Krieges folgt, können Wunden, die er der ganzen Welt geschlagen hat, geheilt und einem dauernden freundschaftlichen Zusammenleben der Völker der Boden bereitet werden. Von diesen Erwägungen und Zielen geleitet wird der Reichstag tatkräftig die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen fördern, die einen dauerhaften Frieden zu verbürgen geeignet sind.*
>
> *Solange aber die feindlichen Regierungen einen solchen Frieden zurückweisen und Deutschland mit Eroberungs- und Vergewaltigungszielen bedrohen, ist das deutsche Volk entschlossen, zusammenzustehen zur Verteidigung seines Rechts auf Freiheit und Entwicklung. Das deutsche Volk weiß, dass es in seiner Einigkeit unüberwindlich ist.“*

Einzelne Textstellen dieser ersten Fassung wurden in den folgenden Tagen immer wieder geändert, Wörter und Wendungen gestrichen und durch andere ersetzt. David hatte ursprünglich vorgeschlagen, darin die Formel des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats aufzunehmen, also einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen zu fordern. Sie kam aber zu keinem Zeitpunkt in einem Resolutionsentwurf vor. Wer im einzelnen solche Änderungen forderte, geht aus den vorhandenen Unterlagen nicht hervor. Einwände kamen von allen Seiten, besonders von Spahn und von den Vertretern der Nationalliberalen. Jakob Riesser machte

49 Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18, 1. Teil, a. a. O., S. 13 ff., 110–113, Gegenüberstellung sämtlicher Fassungen; danach auch das Folgende.

Haußmann z. B. darauf aufmerksam, dass der Schluss zu matt wirke und die Entschlossenheit zum Durchhalten stärker zum Ausdruck gebracht werden müsse. Deswegen änderte man den vorletzten Satz des Textes. Über die Vorgänge vermerkt Scheidemann am 8. Juli: „Wir werden ganz einig über die Formulierungen“, am 9. Juli: „Geraufe friedlicher Art um die Stilisierung der Erklärung“, aber noch am 11. Juli „wird abermals am Text herumgedoktert“.[50] Die Sozialdemokraten gaben ständig nach.

Um eine „Stilisierung“ des Textes ging es den Ausschussmitgliedern keineswegs. Bestimmte Finessen der ausgeklügelten Textgestaltung der letzten Version, wie sie am Anfang von Teil 4 nachzulesen ist, lassen sich durch einen Vergleich der vier Fassungen erkennen, die während der Beratungen entstanden. „Nur zur Verteidigung […] seines territorialen Besitzstandes wie der gleichen Interessen seiner Verbündeten führt es [das deutsche Volk] die Waffen.“ Schon diese Passage der ersten Fassung war nicht, wie David gefordert hatte, offen und klar. In einem Vorentwurf hatte es geheißen: „Zur Verteidigung von Haus und Hof, von Weib und Kind hat das deutsche Volk die Waffen ergriffen und führt sie noch heute.“ Diese Formulierung sagte aus, dass Deutschland in seinen alten Grenzen verteidigt werden sollte, während die in der ersten Fassung gewählte offenbar den Sinn hatte, Erzbergers Forderung zu erfüllen, dass bei Verhandlungen über künftige Grenzen der Ausgangspunkt die Wahrung des Besitzstandes war. Eroberte Gebiete sollten nicht ohne weiteres herausgegeben werden.

Nicht eindeutig war es auch, wenn von Anfang an davon die Rede war, es solle keine „zwangsweisen“ Gebietserwerbungen bzw. „aufgezwungene“ Kriegsentschädigungen geben. Die Formel des russischen Arbeiter- und Soldatenrats war dadurch verfälscht, wurde von vornherein eingeschränkt. Man verzichtete nicht grundsätzlich auf Landerwerb und Reparationen. Deutschland sollte nicht zu seinen Vorkriegsgrenzen zurückkehren. Auch an finanzielle Wiedergutmachungsleistungen war weiterhin gedacht, sie wurden nicht ausgeschlossen.

Eine Sinnveränderung erfuhren in der zweiten Fassung die ersten Sätze der oben zitierten Erklärung. Die Änderungen hatte Richthofen von den Nationalliberalen vorgeschlagen. Das „Nur“ fiel weg, ebenso wie „Verteidigung […] der Interessen seiner Verbündeten“. Also kämpfte Deutschland nicht „nur“ zur Verteidigung (…) weiter, sondern um noch etwas zu erreichen. Für die territoriale Integrität der Habsburgischen Monarchie wollte man sich nicht weiter einsetzen. Vor allem wurde die Passage „Ablehnung […] der Vergewaltigung des Rechtes anderer Völker auf Freiheit und Selbstbestimmung“ gestrichen. Der ursprünglichen Formulierung hätte man entnehmen können, dass Belgien freigegeben werden und keine terri-

50 Scheidemann, Der Zusammenbruch, a. a. O., S. 81–102, Gesamtdarstellung der Arbeit an der Resolution.

torialen Erwerbungen im Westen oder Osten vorgenommen werden sollten und dass auch möglicherweise Zugeständnisse in der Elsass-Lothringen-Frage gemacht werden könnten.

Statt „Aufgezwungene Kriegsentschädigungen und andere wirtschaftliche Vergewaltigungen sind mit einem solchen Frieden unvereinbar“ und „Unter keinen Umständen rechtfertigt die Frage finanzieller Entschädigung eine Verlängerung des Krieges“, heißt es in den späteren Fassungen: „Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.“ Die Wendung „unter keinen Umständen“ war entfallen. Möglich blieb, finanzielle Leistungen in Verhandlungen durchzusetzen. Die entscheidende ursprüngliche Forderung „keine Kontributionen“ war weggefallen.

Wie man durch Manipulationen von Zustimmungsakten der Bevölkerung oder auf dem Verhandlungswege Gebiete in den Machtbereich Deutschlands einbeziehen könnte, darüber gab es u. a. für die baltischen Staaten Pläne, die später umgesetzt wurden. Auch die Flamenpolitik der deutschen Militärverwaltung Belgiens ging in diese Richtung. Es ging darum, über gelenkte Abstimmungsverfahren den Küstenbereich Belgiens Deutschland anzugliedern.

Der Begriff „Vergewaltigung“ war vielseitig interpretierbar. Druck auszuüben musste keine Vergewaltigung sein. „Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung.“ Richtlinien, die bei einer solchen gelten mussten, z. B. das Selbstbestimmungsrecht, waren weggefallen. Verständigung konnte durch den guten Willen des Partners erreicht werden oder durch Kompensationen, aber auch unter Drohungen. Graf Westarp machte später im Hauptausschuss darauf aufmerksam, dass in diesem Sinne auch der Frankfurter Frieden von 1871 ein „Verständigungsfrieden“ war.[51]

Große Bedeutung für die Textaussage hatte auch der Schlusssatz, Deutschland werde „kämpfen, bis sein Recht auf Leben und Entwicklung“ gesichert sei. Jedes annexionistische Kriegszielprogramm enthielt derartige Formulierungen.

Die Zusicherung der ersten Fassung, dass das Volk weiter zusammenstehen und durchhalten werde, wurde in den späteren Fassungen immer weiter verstärkt. Schließlich hieß es, das deutsche Volk werde „wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich kämpfen und ausharren bis seine […] Rechte gesichert sind.“ Das klang eher bedrohlich und schränkte die Bekundung von Bereitschaft zum Verständigungsfrieden deutlich ein.

Die Sozialdemokraten und Liberalen hatten sich also mit ihren ursprünglichen Forderungen nicht durchgesetzt. Im Grunde ließen sich, wenn man die Resolution entsprechend interpre-

51 Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags, 3. Bd., a. a. O., S. 1648 ff.

tierte, alle wesentlichen Kriegszielforderungen des Zentrums und der Nationalliberalen erfüllen. Wie die Änderungen im einzelnen ausgehandelt wurden, lässt sich nicht feststellen. In der Zentrums-Parlaments-Korrespondenz schrieb einer der Zentrumsabgeordneten, der an der Formulierungsarbeit teil hatte, manche Gedanken hätten „umgemünzt“ werden müssen, so dass der sogenannte Scheidemannfrieden ausgeschlossen wurde.[52]

Die Zentrumsfraktion hatte am 7. Juli beschlossen, für die Resolution nicht ohne die Nationalliberalen zu stimmen. Auch Ebert forderte die Nationalliberalen immer wieder auf, der Resolution ihre Zustimmung nicht zu versagen. Schiffer, von Richthofen, Junck und von Calker versuchten, „durch eine andere Formulierung über Schwierigkeiten hinwegzukommen“ und die Fraktion zu sich herüberzuziehen. Noch am 11. Juli behauptete Schiffer, es gebe nur noch wenige trennende Elemente. Man möge doch die Formulierung „erzwungene Gebietserweiterungen“ fallenlassen und dafür schreiben, Deutschland führe den Krieg „nicht zum Zwecke von Annexionen“. Ebert und Haußmann lehnten es in der Sitzung an diesem Tag aber kategorisch ab, weitere Änderungen vorzunehmen.[53] Die Nationalliberalen stellten daraufhin ihre Mitarbeit an der Resolution ein.

Am 11. Juli war nach sechstägigen Beratungen ein von allen Teilnehmern der Beratungen befürworteter Resolutionstext fertiggestellt. Geändert wurde dann unter Einfluss Hindenburgs und Ludendorffs noch die Schlusspassage.

Zentrale Themen eines möglichen Friedensschlusses, wie die belgische Frage, die Zukunft Elsass-Lothringens und Polens, wurden ausgeklammert. Nach einem späteren Bericht Müller-Fuldas hatte man sich darauf geeinigt, einzelne Gebiete nicht zu erwähnen. Er behauptete im „Untersuchungsausschuss über die Ursachen des Zusammenbruches“, alle seien sich einig gewesen, mit „Verzicht auf Annexionen“ sei auch Belgien gemeint gewesen.[54] dass dies nicht der Fall war, zeigen die späteren parlamentarischen Auseinandersetzungen über die Friedensnote des Papstes. Aufrichtig und vor allem sinnvoll war es nicht, diesen zentralen Aspekt eines denkbaren Verständigungsfriedens völlig zu übergehen.

Friedensbedingungen, die sich aus der Sicht der Gegner Deutschlands und seiner Verbündeten ergeben konnten, wurden nicht diskutiert. Die Abgeordneten wussten sehr wohl über die inneren Verhältnisse in England und Frankreich und die Stimmung in der Bevölkerung dort Bescheid. Sie kannten die Reden des englischen Premierministers, die dieser Ende Juni gehal-

52 Verhandlungen des Reichstags, stenographische Berichte, Bd. 310, a. a. O., 116. Sitzung, 19. Juli 1917, S. 3588.

53 Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18, 1. Teil, a. a. O., S. 34–44.

54 Ursachen des Zusammenbruches, IV.2, Bd. 7.1, a. a. O., S. 385.

ten hatte. Welche Bedeutung für den Friedensprozess diese haben könnten, wurde niemals erörtert. Nach dem Bericht der *Germania* am 3. Juli über Lloyd Georges Reden in Glasgow und Dundee „sprach daraus die Entschlossenheit, den Krieg fortzusetzen, bis Deutschland am Boden liegt“. Friedensbestrebungen in den Staaten der Entente wurden hier nicht zur Kenntnis genommen.

Einen großen Raum nahmen bei den Beratungen des Interfraktionellen Ausschusses die Diskussionen über die „Parlamentarisierung“ ein. Gefordert wurde immer wieder eine Änderung der Regierungsform. Abgeordnete sollten zu Staatssekretären berufen, Beiräte gebildet werden, um dem Reichstag mehr Einfluss auf die Regierungstätigkeit zu verschaffen. Einen greifbaren und umsetzbaren Beschluss ergaben die ausufernden und unrealistischen Erörterungen nicht.[55]

Am Nachmittag des 13. Juli beschloss der Interfraktionelle Ausschuss, ohne die Vertreter der Nationalliberalen, auf Vorschlag Eberts und Antrag Erzbergers, die Annahme der vierten Fassung der Resolution. Sie sollte Helfferich übergeben, aber nicht veröffentlicht werden. Den Text, ohne die Änderungen des folgenden Tages, konnte man aber, wie anfangs erwähnt, am gleichen Tag schon im *8-Uhr-Abendblatt* lesen.

Payer wurde beauftragt, die Resolution noch am Abend dem Kanzler zur Kenntnis zu bringen und seine Zustimmung zu erbitten.[56] In einem Begleitschreiben hieß es: „Die unterzeichneten Parteien unterbreiten das angeschlossene Programm, das sie gegenüber jedem Reichskanzler, unbekümmert um seine Person, im Reichstag vertreten werden.“ dass es über die Zukunft Bethmann Hollwegs schon Absprachen gab, kann man aus dieser Formulierung herauslesen, insbesondere dann, wenn man die weitere Entwicklung kennt.

8. Kapitel

Probleme der Akzeptanz der Friedensresolution in den Fraktionen

In der Sitzung am Abend des 7. Juli las Ebert seiner Fraktion den ersten Entwurf der Friedensresolution vor. Diese Version wurde „mit Beifall aufgenommen“ und nicht im einzelnen besprochen. Eine schriftliche Ausfertigung des Textes erhielten die Abgeordneten nicht. [57]

55 Klaus Epstein, Der Interfraktionelle Ausschuß und das Problem der Parlamentarisierung 1917–1918, HZ 191, 1960, S. 562–583.

56 Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18, 1. Teil, a. a. O., S. 47–64.

57 Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898–1918, a. a. O., 2. Teil, S. 286 f.

Zu einer lebhaften Diskussion kam es in der Sitzung drei Tage später, am 10. Juli.[58] Ebert teilte nun den Fraktionskollegen mit, die „Resolution der vier Parteien“ sei in einem Satz abgeändert worden. Scheidemann erklärte, es seien nur „stilistische Änderungen der ersten Fassung“ vorgenommen worden. Das entsprach nicht der Wahrheit. Dass die ursprüngliche Intention der Friedenserklärung nicht hatte durchgesetzt werden können, wollte man nicht zugeben.

Ebert las den Text der dritten Fassung vor, der sich von der Endfassung bis auf den Schluss nur unwesentlich unterschied. Mit Hinweis auf die Geheimhaltungspflicht weigerte er sich auch diesmal, ihn seinen Kollegen in schriftlicher Form vorzulegen. Hoch verlangte sogleich die Rückkehr zur ersten Fassung, die jetzige sei zweideutig, er habe allergrößte Bedenken gegen sie. Wichtige Formulierungen seien abgeändert worden. Der Satz „wegen Kriegsentschädigungen darf der Krieg nicht verlängert werden“, eine zentrale Aussage, sei weggefallen. In der Formulierung, mit einem solchen Frieden seien finanzielle Vergewaltigungen nicht zu vereinbaren, müssten die „finanziellen Vergewaltigungen“ ersetzt werden durch „gewaltsam abgezwungene Kriegsentschädigungen“, das sei klar, das andere nicht.

Als Ebert und Kollegen aus dem Führungskreis der Fraktion, Landsberg, David und Cohen-Reuss, Fraktionsmitglieder, die Hoch unterstützten, gezielt zu bekämpfen begannen, entwickelte sich eine erbitterte, gehässige Debatte. Brandes bemerkte, das Ganze sei ja nur ein Manöver, um der Fraktion die Zustimmung zu den Kriegskrediten abzuringen. Scheidemann versicherte daraufhin, die Resolution werde im Wortlaut nicht endgültig festgelegt, ohne dass die Fraktion noch einmal dazu Stellung nehmen könne. Das ganze taktische Verfahren, die verschwommen und vieldeutig formulierte Resolution, die von den ursprünglich erhobenen Forderungen nicht mehr viel übrigließ, in der Fraktion durchzusetzen, war im Führungskreis offensichtlich abgesprochen. Hoch und andere hätten versucht, die Resolution „zu benagen“, schrieb David abends, offensichtlich erschöpft, in sein Tagebuch.[59] Die Zusage, der Fraktion würde noch einmal Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben, löste der Fraktionsvorstand erst wenige Stunden vor der Abstimmung über die Friedensresolution ein. Mit seinem Einwand, dann werde es heißen, jetzt sei nichts mehr zu ändern, sah Simon voraus, was am Vormittag des 19. Juli, des Tages der Abstimmung über die Resolution, im Reichstag geschah.

58 Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898–1918, a. a. O., 2. Teil, S. 290–303.
59 David, Kriegstagebuch, a. a. O., S. 243.

Auch bei den Abgeordneten des Zentrums war die Friedensresolution heftig umstritten. Aus den wenigen Informationen über Beratungen, die nach draußen drangen,[60] lässt sich erkennen, dass die Fraktion zwischen Annahme und Ablehnung gespalten war. Eine Gruppe unter Führung von Fehrenbach stellte sich an Erzbergers Seite und warb für die Annahme. Betont wurde die Notwendigkeit, mit Hilfe der Resolution die Sozialdemokraten weiter an der Seite der bürgerlichen Parteien zu halten und die innere Lage zu stabilisieren. Dagegen waren süddeutsche Zentrumsabgeordnete um den bayerischen Abgeordneten Pfleger. Der rheinische Flügel, geleitet von dem Verleger Julius Bachem, leistete den heftigsten Widerstand. Dessen *Kölnische Rundschau* sprach sich gegen ein Bündnis mit der Linken aus, warnte davor, Schwäche zu zeigen, und betonte die Sinnlosigkeit einer Friedenserklärung. England wolle gar keinen Verständigungsfrieden, sondern setze auf einen vollständigen Sieg über Deutschland. Da die Zustimmung des Zentrums mehrheitlich an die Akzeptanz auch bei den Deutschnationalen gebunden wurde, schien der Widerstand noch am 11. Juli unüberwindbar zu sein. Beistand erhielt Erzberger von dem Berliner Zentrumsblatt *Germania*. Die beiden wichtigsten Zentrumszeitungen trugen den Gegensatz zwischen den Flügeln offen aus.

In den Fraktionssitzungen wurde zudem ständig über das Verbleiben Bethmanns in seinem Amt diskutiert. Auch in dieser Frage gab es im Zentrum unüberbrückbare Gegensätze. Die meisten wollten an ihm festhalten, die starke rheinische Gruppe jedoch nicht. Am 11. Juli wurde mit den Stimmen einer Mehrheit des Fraktionsvorstands der folgende Beschluss gefasst: „Die Zentrumsfraktion sieht das Verbleiben des Herrn von Bethmann Hollweg im Reichskanzleramt, angesichts der Tatsache, dass er beim Ausbruch des Krieges die Reichsgeschäfte führte, als eine Erschwerung zur Herbeiführung des Friedens an. Sie überlässt es jedoch dem pflichtgemäßen Ermessen des Reichskanzlers, wann er seinen Rücktritt nimmt."

Bethmann Hollweg galt als Vertreter maßvoller Kriegsziele, genoss im Ausland, schon wegen seiner letzten Reden, großes Vertrauen. Die Reden Lloyd Georges Ende Juni zeigten, dass man in ihm den deutschen Politiker sah, der mit seiner Kriegszielpolitik im Gegensatz zu den preußischen Junkern stand.

In diesen Zusammenhang ist die bereits erwähnte Notiz der *Germania* vom 11. Juli zu stellen: Es scheine sicher, dass sich in der Zentrumsfraktion eine Einigung über die Friedensresolution ergeben werde. Sie sei unter der Bedingung zu erzielen, dass der Posten des Kanzlers neu be-

60 Haußmann, Schlaglichter, a. a. O., S. 123 ff., auch zum Folgenden.

setzt werde. Damit war aufgedeckt, wie Erzberger eine Annahme der Friedensresolution in seiner Fraktion zu erreichen gedachte.[61]

Bei den Nationalliberalen gab es offensichtlich zu keiner Zeit eine Mehrheit für die Annahme der Resolution. Vertreter des linken Parteiflügels, Schiffer, von Calker und Junck, die im Interfraktionellen Ausschuss ständig mitarbeiteten, versuchten, sie in ihrer Fraktion akzeptierbar zu machen. Vonseiten der Fraktionsführung wurden sie aber wohl nur deswegen immer weiter zur Mitarbeit angehalten, damit sie den Text so veränderten, dass die Aussage möglichst vielseitig deutbar wurde. Oberst Bauer behauptete in seinen Aufzeichnungen, die Nationalliberalen hätten von vornherein eine bestimmte Taktik angewandt, die von Erzberger und Stresemann so erdacht worden sei: „Die Friedensresolution verändern, gleichzeitig aber ihre Durchbringung verhindern.“[62]

Nachdem am 11. Juli Ebert und Gothein weitere Änderungswünsche abgelehnt hatten, sprach sich die Fraktion geschlossen gegen „den Beitritt zu der Erzbergerschen Friedensformel“ aus, gab aber die Abstimmung frei. Inzwischen waren massive Proteste der Basis eingetroffen, in denen das gefordert worden war. Von Calker, Junck und anderen fiel das sehr schwer. Sie setzten durch, dass ihre Einstellung in der Erklärung der Partei in der geplanten Reichstagssitzung berücksichtigt wurde. Als Redner im Reichstag wurde nicht Stresemann, sondern der gemäßigte Prinz und Reichsgraf zu Schoenaich-Carolath aufgestellt.[63]

Informiert wurden während der Beratungen über den Resolutionstext auch die Fraktionen des Reichstags, die im Interfraktionellen Ausschuss nicht vertreten waren. Von den Abgeordneten der Welfen, der Freikonservativen und der Wirtschaftlichen Vereinigung war jeweils die eine Hälfte dafür, die andere dagegen, während die Polen, Dänen und Elsass-Lothringer Zustimmung signalisierten. Auch mit dem USPD-Vorsitzenden Haase wollte Haußmann verhandeln, um seine Einstellung zu erfahren. Dieser behielt sich die Stellungnahme seiner Fraktion bis zur endgültigen Fertigstellung des Textes vor. Über den Verlauf der Beratungen schrieb er am 10. Juli, es sei sich jetzt schon klar, was geschehen werde. Der Reichstag werde eine Resolution beschließen, die so zurechtgestutzt sei, dass auch der Kanzler ihr zustimmen könne.[64]

---

61 Germania, Ausgaben des genannten Tages; Vorwärts, 17. Juli 1917.

62 Oberst Bauer, Der große Krieg in Feld und Heimat, Tübingen 1921, S. 141 ff.; Der Interfraktionelle Ausschuss, 1917/18, 1. Teil, a. a. O., S. 74–83.

63 Von Bassermann bis Stresemann, Die Sitzungen des nationalliberalen Zentralvorstandes, a. a. O., S. 410 ff.

64 Ernst Haase, Hugo Haase, a. a. O., S. 148.

Hinter der Friedensresolution standen von Anfang an fast alle Fraktionsmitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei. Als Haußmann sie in einer Sitzung am 8. Juli in der zweiten Fassung vorlas, wurde sie „mit lebhafter Zustimmung aufgenommen“.[65] Haußmann, Gothein und Payer waren diejenigen im Interfraktionellen Ausschuss, die für die Gestaltung des Textes unermüdlich Kompromissvorschläge machten. Haußmann schrieb: „In unsern demokratischen Reihen waren auch manche, die, in einem sehr bewussten Gegensatz zu den Pazifisten stehend, für die Resolution weniger aus innerem, grundsätzlichem Friedensbedürfnis heraus eintraten, als deshalb, weil sie keinen anderen Weg mehr sahen, aus dem Krieg, in dem wir einmal standen, noch mit Ehren herauszukommen, als eben durch die beschleunigte Anbahnung von Friedensverhandlungen.“

Gothein bemühte sich darum, in der seiner Partei nahestehenden Presse, u. a. in der *Berliner Volkszeitung*, die Bedeutung der Friedensresolution aufzuzeigen: „Die Sinnlosigkeit des Krieges“ werde angesichts der enormen Verluste und der Erfolge des U-Boot-Krieges weiteren Kreisen des Volkes zu Gemüte geführt. Man solle sich nicht einbilden, dass mit der Resolution ein rascher Umschwung im feindlichen Ausland erfolgen werde. Aber die Friedensströmung aller Friedensfreunde werde im neutralen wie im feindlichen Ausland jedenfalls eine wesentliche Stärkung erfahren. „Notwendig erscheint uns, dass nicht nur der leitende Staatsmann, sondern auch die deutsche Volksvertretung die Zeichen der Zeit erkennt. Es handelt sich darum, jede Unklarheit und jede Halbheit zu verwerfen. Können politische Mittel das Kriegsende beeinflussen, so hängt die Zukunft Deutschlands ebenso wie von der Tapferkeit unserer Brüder an der Front von der Entschlossenheit der deutschen Volksvertretung ab.“[66]

Zusammenfassend ist festzustellen: Liberale wie Gothein ebenso wie die Sozialdemokraten hätten sich eine eindeutiger formulierte Friedensresolution gewünscht. In der ersten Fassung war ein für Verhandlungen mit der Entente aussichtsreicher Vorschlag gemacht worden. Aber man brauchte eine Mehrheit, die dahinterstand. Dass der Text schließlich so verschwommen und vieldeutig ausfiel, lag am Zentrum und den Nationalliberalen. Als die Entschließung am 12. Juli nach sechstägigem Ringen um ihre Gestaltung vorlag, war es dennoch in keiner Weise sicher, ob sie bei der Abstimmung im Reichstag eine Mehrheit finden würde.

---

65 Haußmann, Schlaglichter, a. a. O., S. 105–141, danach auch das Folgende; Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert, a. a. O., S. 29–38.

66 Berliner Volkszeitung, 9. Juli 1917.

9. Kapitel

Aktivitäten der Obersten Heeresleitung und ihrer Helfer in Berlin

Der Entschluss, Bethmann Hollweg nun so schnell wie möglich aus seinem Amt zu entfernen, wurde in konservativen Kreisen, von der Obersten Heeresleitung und von Erzberger seit Beginn des Monats Juli geplant. Den letzten Anstoß dafür hatten die Verhandlungen mit Nuntius Pacelli gegeben.

Nach der erwähnten Parteiführerbesprechung vom 2. Juli sprach Helfferich Graf Westarp an, ob er sich daran beteiligen wolle. „Für Bethmann hätte sich eine konkrete Aussicht eröffnet, zu Friedensverhandlungen zu gelangen." Es handle sich um die Friedensaktion des Papstes vom 26./29. Juni 1917.[67] Nach der Rede Erzbergers vom 6. Juli und den folgenden Vorgängen im Hauptausschuss und im Interfraktionellen Ausschuss „wurde in allen Fraktionen, die bisher dem Kanzler ihr Vertrauen gewährt hatten, gegen Herrn von Bethmann Hollweg Sturm gelaufen."[68]

Trotz Verschwiegenheitspflicht waren die Ereignisse im Hauptausschuß nicht geheim geblieben. Berichte darüber waren der Obersten Heeresleitung zugegangen.[69] Was Ludendorff in helle Empörung versetzte, war, dass dort der „Sozialdemokrat Ebert" offen erklärt hatte, sie seien „am Ende unserer Kraft", und dass Erzberger behauptet hatte, der U-Boot-Krieg sei ein Misserfolg. Nicht geduldet werden durfte Verbreitung von Defätismus, wie es im Hauptausschuss geschehen war. Vom preußischen Kriegsminister Stein alarmiert, trafen Hindenburg und Ludendorff bereits am 7. Juli in Berlin ein, um sich mit allen Kräften gegen die eingetretene Entwicklung zu stemmen. Für sie war das Maß voll. Gleich nach ihrer Ankunft in Berlin hatte sich Ludendorff von Stresemann über die Lage informieren lassen.

Bethmann Hollweg war es jedoch gelungen, bevor Wilhelm II. sie empfing, mit dem Kaiser zu sprechen und ihn daran zu erinnern, dass dem Militär nach der Verfassung kein Recht zustehe, sich in innere Angelegenheiten einzumischen. Entsprechend reagierte dieser und befahl den Generälen, noch am Abend zurück in ihr Hauptquartier zu fahren. Hindenburg und Ludendorff ließen jedoch Oberst Bauer in Berlin zurück. Unterstützt von zwei Mitarbeitern, Hauptmann von Harbour und Leutnant Schlubach, entwickelte dieser alsbald eine rege Akti-

---

67 Graf Westarp, Konservative Politik, 2. Bd., S. 355.

68 Karl Helfferich, Der Weltkrieg, 3. Bd., Berlin 1919, S. 123.

69 Deist, Militär und Innenpolitik, 2. Teil, a. a. O., S. 790–798; Oberst Bauer, Aufzeichnungen, in: Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18, 1. Teil, a. a. O., S. 81; Oberst Bauer, Der große Krieg in Feld und Heimat, a. a. O., S. 141–144; danach das Folgende.

vität, um die Entfernung Bethmann Hollwegs aus seinem Amt nunmehr in die Tat umzusetzen. Eine wichtige Rolle übernahm dabei auch Oberstleutnant von Haeften, zu der Zeit Leiter der militärischen Abteilung des Auswärtigen Amtes.

Stresemann erinnerte sich später an ein Treffen mit Erzberger am 7. Juli, bereits morgens um sieben Uhr.[70] Offenbar wurde hier die Strategie noch einmal abgesprochen. Am Abend des 7. Juli trafen sich beide mit Bauer und seinen Mitarbeitern im exklusiven Restaurant Hiller. Am 8. Juli folgte eine weitere Unterredung im Automobilklub mit Stresemann und Erzberger. Am 9. Juli trafen sich morgens Bauer und seine Mitarbeiter mit Erzberger, Eugen Zimmermann, dem Generaldirektor des Scherl-Verlags, und Hugenberg, Vorsitzender des Kruppdirektoriums, der seit 1916 Eigentümer dieses Zeitungsverlags war. Hier wurde ohne Zweifel über die Medienkampagne konservativer und deutschnationaler Blätter gegen Bethmann Hollweg verhandelt. Sie war schon seit dem 7. Juli in Gang. Ferner arrangierte Bauer bis zum 10. Juli weitere Zusammenkünfte u. a. mit dem Chef der Konservativen, Graf Westarp, und einflussreichen Mitgliedern der Deutschnationalen Partei.

Erzberger und Stresemann kamen überein, „alles zu tun, um Bethmanns Abdankung zu erzwingen". Es musste verhindert werden, dass Bethmann Hollweg noch einmal Gelegenheit hatte, im Reichstag zu reden.[71] Erzberger vermutete, der Kanzler werde die Auffassung in der Friedensfrage vertreten, die er dem Nuntius Pacelli gegenüber zum Ausdruck gebracht hatte. Wenn er seine geplante Rede dort halten könne, „würden eine Anzahl von Leuten umfallen". Daraufhin wurde, wie dargelegt, auf Antrag Spahns im Hauptausschuss die für den 11. Juli geplante Sitzung verlegt. Konservative, Nationalliberale und Zentrum sollten dazu gebracht werden, auch wenn der Kanzler Zugeständnisse machen würde, seine Regierung nicht mehr zu unterstützen. Wie kaltschnäuzig Erzberger agierte, geht aus handschriftlichen Aufzeichnungen Stresemanns hervor: „Erzberger war sehr optimistisch und meinte, dass Bethmann bis zum Dienstag besorgt sein werde, da er ja gar kein Vertrauen bei den Fraktionen mehr habe."[72]

In der ersten Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses am 6. Juli thematisierten Stresemann und Erzberger sogleich, wie erwähnt, den „Personalwechsel". Am 9. Juli hielt Stresemann im Hauptausschuss eine große Rede gegen den Kanzler:[73] Er habe wirkliche innere Reformen, z. B. auch durch die Osterbotschaft, nur verzögert und sei damit verantwortlich da-

70 Erzbergerprozess, a. a. O., S. 723, 827–830.

71 Darstellung der Vorgänge durch Helfferich im 2. Untersuchungsausschuss, in: Die Verhandlungen des 2. Untersuchungsausschusses des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die päpstliche Friedensaktion von 1917, hrsg. von Wolfgang Steglich, a. a. O., S. 142–146.

72 Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18, 1. Teil, a. a. O., S. 74–80.

73 Der Hauptausschuss des Reichstags, 3. Bd., a. a. O., S. 1575–1582.

für, dass der monarchische Gedanke im Volk Schaden erlitten habe. Verhindert habe er auch, dass Hindenburg und Ludendorff mit den Reichstagsparteien in Kontakt treten konnten, um sie über die wirkliche Lage zu informieren. Ein Kanzler, der durch seine Stellungnahmen in drei Kriegsjahren belastet sei, könne mit den Gegnern zu keinem Frieden kommen. Eine klare Linie seiner Politik sei nicht zu erkennen. Selbst dafür, dass der U-Boot-Krieg noch nicht zum Zusammenbruch Englands geführt habe, sollte jetzt der Kanzler verantwortlich sein. Ein Reichskanzler müsse sich durchsetzen; wenn er das nicht mehr könne, müsse er gehen.

Geheimrat Friedmann, der nach Bassermanns Erkrankung das Amt des Vorsitzenden ausübte, blies nach einem Bericht der *Täglichen Rundschau* in einer Fraktionssitzung der Nationalliberalen am 9. Juli ins gleiche Horn. Bethmann Hollweg dürfe unter anderem deswegen nicht im Amt bleiben, weil mit ihm angeblich eine Parlamentarisierung nicht zu erreichen sei. Dazu bedürfe es eines Neuanfangs mit einem neuen Mann an der Spitze. Man müsse mit allen Kräften auf die Beseitigung der gegenwärtigen Reichsführung hinarbeiten. Die meisten Redner unterstützten nach dem Zeitungsbericht Stresemann und Friedberg, und es sei auch „in diesem Sinne ein Beschluss gefasst worden“. In einer Entschließung der Nationalliberalen vom 11. Juli hieß es, ohne Rücktritt des Kanzlers sei eine Lösung der Krise, eine gründliche Neugestaltung der inneren Politik nicht denkbar.[74]

Erzberger agierte nicht so offen. Nach seiner Rede über die Erfolglosigkeit des U-Boot-Krieges beschwerte sich Bethmann bei ihm. Er erfuhr natürlich nicht den wahren Grund für die ganze Aktion. Zur Unterstützung Stresemanns in der Kanzlerfrage im Hauptausschuss ließ er sich nicht überreden, sondern arbeitete im Hintergrund. „Er ging überall damit „hausieren“, erst müsse der Kanzler beseitigt werden, nur dann gebe es eine Mehrheit für die Friedensresolution.[75] In seiner Fraktion standen viele, auch Spahn, zu diesem Zeitpunkt weiterhin zum Kanzler.

10. Kapitel

Pressekampagne gegen den Kanzler

„Eine neue Kanzlerrede?“ Mit dieser Frage begann die *Tägliche Rundschau* am 3. Juli ihre Pressekampagne. In einer völlig entstellenden Weise wurde die Rede des englischen Premier-

74 Tägliche Rundschau, Abendausgabe des 10. Juli.
75 Von Bassermann zu Stresemann, a. a. O., S. 385.

ministers vom 29. Juni in Glasgow kommentiert.[76] Frankreich wolle Elsass-Lothringen und die Rheingrenze, England die Herrschaft über den Nahen Osten und die deutschen Kolonien. Auf Friedensfühler, auch wenn sie vorteilhafte Anerbietungen enthielten, dürfe Deutschland nicht hereinfallen. Schließlich habe die Oberste Heeresleitung dem Gedanken eine klare Absage erteilt, es sich mit einem Verzichtfrieden ohne ausreichende Entschädigung und ohne den für unsere militärische und wirtschaftliche Sicherung notwendigen Landerwerb genügen zu lassen. Vom Kanzler werde erwartet, dass er, statt von Frieden und Friedensangeboten zu reden, sich auf den Standpunkt der Heeresleitung stelle und diesen in einer Antwort auf die Rede des englischen Premierministers unterstütze.

Seit dem 7. Juli, dem Tag nach der Erzbergerrede, wurde in den konservativen und nationalliberalen Blättern mit massiven Angriffen immer stärker gegen den Reichskanzler polemisiert. Was in den Tagen bis zu seinem Sturz u. a. die *Neue Preußische Zeitung*, genannt „Kreuzzeitung", die *Tägliche Rundschau*, auch die *Vossische Zeitung*, der *Deutsche Kurier*, die *Deutsche Tageszeitung*, die Berliner Neusten Nachrichten, vor allem aber die Blätter des Scherl-Verlags, *Der Tag* und das Massenblatt *Berliner Lokalanzeiger*, über den Reichskanzler schrieben, entwickelte sich zu einer Hetzkampagne gegen ihn. Auch Zentrumszeitungen, u. a. die *Kölnische Volkszeitung*, beteiligten sich daran. „Sieg oder Verzichtfrieden", so die *Tägliche Rundschau* am 8. Juli, „das ist die große Frage des Augenblicks." Während der Kanzler eine Entscheidung für die eine oder andere Seite bisher ängstlich vermieden habe, scheine nach den Vorgängen im Hauptausschuss offenkundig zu sein, dass Bethmann Hollweg die Position der Konservativen und Nationalliberalen verlassen habe. Die Krise wurde zur „Kanzlerkrise" uminterpretiert. Die Welt wisse nicht, so die *Kreuzzeitung*, welches die Kriegsziele des deutschen Reichskanzlers seien. Gebraucht werde ein neuer Führer unserer großen Politik, nicht ein Staatsmann, der in jedem Augenblick vom Gegner in der auswärtigen Politik mit seinen eigenen Worten geschlagen werden könne. Friedensangebote ließen nur den Eindruck der Schwäche zurück. Aus Gründen der auswärtigen Politik, dem Ausgangspunkt dieser Krise, sei es die patriotische Pflicht des Herrn von Bethmann Hollweg, von seinem Amte zurückzutreten.[77]

> *„Der Reichskanzler wird erkannt haben, dass er nicht über ein Fundament verfügt, wie es notwendig ist, um sicher zu stehen und regieren zu können. Das muß er erkannt haben, obwohl er nicht über politische Sehergabe verfügt. Diese unerlässliche Gabe*

76 Tägliche Rundschau, 3. Juli; Berliner Neuste Nachrichten, 3. Juli; Kreuzzeitung, 11. Juli; Deutscher Kurier, 1. Juli 1917.

77 Genannte Zeitungen zwischen dem 7. Juli bis zum Rücktritt des Kanzlers am 14. Juli 1917.

der Staatskunst besitzt er nicht. […] Eine lange Reihe von Misserfolgen auf allen wichtigen Gebieten der Politik kann aber auch das beste Volk, die stärkste Armee bei bester Führung nicht aushalten.“

Die Unentschlossenheit des leitenden Staatsmannes habe im Innern eine Stimmung gezeitigt, so die Kölnische Volkszeitung, die in den letzten Tagen im Reichstag zur Explosion kam. Fraglich könne doch nur sein, so die *Berliner Neusten Nachrichten*, ob Herr von Bethmann Hollweg nach den Vorgängen der letzten Tage noch das Vertrauen des Kaisers in dem Maße behalten habe, dass er nicht sofort von seinem Posten verschwinde. Für das Volk wäre nichts verhängnisvoller, als ein Verbleiben des Herrn v. Bethmann Hollweg im Kanzleramt. Nur dadurch, meinte die Deutsche Tageszeitung, dass an leitender Stelle die starke Führung und der kraftvolle Siegeswille gefehlt hätten, sei in der Führung der auswärtigen Geschäfte Mißerfolg auf Mißerfolg gehäuft worden. Daraus ergebe sich mit unausweichlicher Klarheit, dass nur in dieser Richtung Heilung gefunden werden könne. „Was wir brauchen, ist eine feste Hand, die uns politisch ebenso zielbewußt und ebenso erfolgreich führt wie Hindenburg und Ludendorff“, schrieb der *Deutsche Kurier*. „Jetzt muß Farbe bekannt werden, um nicht nach dreijährigem schweren Ringen um die Früchte all der Opfer und Anstrengungen gebracht zu werden“, so der *Berliner Lokalanzeiger* am 9. Juli.

Am 11. Juli hatte die Kampagne ihren Höhepunkt erreicht. Die Vorwürfe wurden mit immer mehr Ironie und Gehässigkeit vorgebracht. Von „einer Tragödie der Irrungen“ war die Rede, mit ihrer „Fiaskopolitik“ sei „die Firma kompromittiert“. Nach Meinung der Alldeutschen Blätter war „das Schicksal des Herrn v. Bethmann Hollweg nun hoffentlich zum Heile Deutschlands besiegelt“. Von den konservativen Blättern wurde nach der Ankündigung der Wahlrechtsreform der Untergang des alten Preußen beschworen. Für sie war er der „Versager an der Spitze des Reiches“.[78]

Plausible, fundierte Argumente gegen die Politik Bethmann Hollwegs findet man in all diesen Darlegungen nicht. Ihm die Proteststimmung im Innern anzulasten entsprach dem Standpunkt der OHL. Wie schwierig die Gratwanderung seiner Politik bisher gewesen war, um den Burgfrieden, so gut es ging, zu retten und die Sozialdemokraten bei der Stange zu halten, würdigte man nicht.

Auf die eigentlichen Gründe, warum der Kanzler jetzt gestürzt werden sollte, stößt man im Leitartikel der *Neuen Preußischen Zeitung* vom 11. Juli. Der Artikel geht von Lloyd Georges

78 Berliner Lokalanzeiger, Berliner Neuste Nachrichten, Kölnische Volkszeitung, Tägliche Rundschau, 11. Juli 1917.

Rede vom 28. Juni aus. Sie könne als englischer Friedensfühler aufgefasst werden. Deutschland dürfe nicht darauf hereinfallen und müsse scheinbar nicht unvorteilhafte Anerbietungen standhaft ablehnen. Schließlich wolle England Deutschland den Weg in den Orient verlegen, um den es im Weltkrieg kämpfe. Wer an die Friedensfühler Englands anzuknüpfen bereit sei, lasse keinen festen Standpunkt und Willen erkennen, lasse die Zügel schleifen. In der Kanzlerkrise gehe es um die Frage, wie sich Deutschland heute eine feste, tatkräftige politische Leitung des Krieges sichere. Einen praktischen Wert könne die „allgemeine Kriegs- und Friedensformel" nur haben, wenn sie ein neuer Führer unserer großen Politik zum Programm nimmt.
Die liberale Presse, Zeitungen, die der Fortschrittlichen Volkspartei nahestanden, z. B. die *Berliner Volkszeitung* oder das *Berliner Tageblatt*, beteiligten sich an dem Kesseltreiben gegen den Kanzler nicht, stützten ihn vielmehr.[79] Chefredakteur Theodor Wolff war entsetzt über diese Art von Eingriffen der rechten Presse in die Politik und verteidigte ebenso wie Abgeordneten der Fortschrittlichen Volkspartei den Kanzler. Der Abgeordnete der Fortschrittlichen Volkspartei Waldstein warnte davor, jetzt Personalfragen in den Vordergrund zu schieben, und kennzeichnete das Treiben der rechten Parteien und des Zentrums als politische Intrigen. Er forderte ebenso wie Gothein, jetzt eine parlamentarische, auf den Willen einer Reichstagsmehrheit gestützte Regierung zu schaffen. Wenn Reichstagsabgeordnete sie berufen würden, könne das, da Verfassungsänderungen schwierig seien, zunächst als Provisorium dienen.[80] Es sei nicht daran zu zweifeln, dass Bethmann Hollweg sich dafür ebenso wie für die Friedensresolution aussprechen werde. Jetzt müsse gehandelt werden. Eine Volksregierung werde zur Stabilisierung im Innern beitragen und nach außen eine ungeheure Wirkung haben. Es gehe darum, die Zeichen der Zeit zu erkennen, jede Unklarheit und Halbheit zu verwerfen und eine zielbewußte Politik zu treiben, die zum Frieden führt. Die *Germania*, Erzbergers Sprachrohr unter den Zentrumszeitungen, agierte vorsichtiger, wollte bis zum 10. Juli „nichts von einer Kanzlerkrise wissen".[81]

79 Theodor Wolff, Tagebücher 1914–1919, 2. Teil, a. a. O., S. 513–516.
80 Berliner Tageblatt 10. Juli 1917, auch zum Folgenden; Pressestimmen in den Anmerkungen zu Theodor Wolff, Tagebücher 1914–1918, 2. Teil, S. 513 ff.
81 Germania, 10. Juli 1917.

11. Kapitel

Bemühungen Bethmann Hollwegs, die Sozialdemokraten an seiner Seite zu halten

Bethmann Hollweg kämpfte darum, eine Mehrheit des Reichstags zur Unterstützung seiner politischen Ziele hinter sich zu bringen. Ein rhetorisches Meisterstück war seine Rede am 9. Juli im Hauptausschuss, eine Auseinandersetzung mit seinen Gegnern im Reichstag, besonders mit Stresemann. Er griff diesen immer wieder an und zeigte die Haltlosigkeit all seiner Vorwürfe auf, wies die Pressehetze zurück. Ihm alles, was schiefgegangen war, anzulasten bezeichnete er als ungerechtfertigt. Er sei bereit, sobald sich dazu Möglichkeiten ergeben könnten, sich sofort mit den Kriegsgegnern zu Verhandlungen an einen Tisch zu setzen. „Wir wollen Friedensverhandlungen anknüpfen. Wir müssen jetzt in unserer ganzen Politik dahin streben, die Möglichkeit zu fördern, dass die Feinde einlenken." Dann die rhetorische Frage: „Wollen wir in der Gewissheit, dass wir, bevor wir selber die Puste verlieren, die Feinde niederringen, diese Friedensverhandlungen annehmen? Das ist doch schließlich momentan der Kernpunkt der ganzen Situation. […] Ich gebe mich keinen utopischen Hoffnungen hin." Die Friedensresolution lehnte der Kanzler nicht ab, aber er ließ Vorbehalte erkennen: Man könne nicht „seine Karten offen auf den Tisch legen". Er wolle „soviel rausschlagen wie möglich. […] Fassen Sie keine schlappe Erklärung!"

Den Sozialdemokraten müsse man entgegenkommen. „Was bleibt mir anderes übrig, als eine Politik der Kompromisse zu treiben?" Er werde ein parlamentarisches System einführen, Parlamentarier zur Mitarbeit heranziehen, aber so, wie das zur deutschen Verfassung passend sei.[82]

Mit größter Anstrengung setzte Bethmann Hollweg in den folgenden Tagen alles daran, die Sozialdemokraten an sich zu binden und damit bei der Entscheidung über die Kriegskredite deren Zustimmung zu sichern. Er hatte den Kaiser veranlasst, für den 9. Juli den Kronrat einzuberufen. Gegen eine harte Phalanx preußischer Minister um den Innenminister von Loebel schlug Bethmann Hollweg seine letzte Schlacht.[83] Er verkenne nicht, so legte er in seiner Rede dar, dass die Einführung des gleichen Wahlrechts den Konservativen die bisherige Machtstellung in Preußen nehmen werde. Die Sozialdemokraten würden in Zukunft den ent-

82 Der Hauptausschuss des Reichstags, 3. Bd., a. a. O., S. 1583–1597.

83 Ein gutes Bild von den im folgenden geschilderten Vorgängen zeichnet Kabinettschef von Valentini in: Kaiser und Kabinettschef, Aufzeichnungen und Briefwechsel, Oldenburg i. O., 1931, S.159–166; Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkriege, hrsg. von Jost Dülffer, a. a. O., Entwürfe, S. 428 ff., danach das Folgende.

scheidenden Einfluss auf dessen Innenpolitik erhalten. Unmöglich könnten aber diejenigen, die vielleicht mit zerschossenen Gliedmaßen, durch das Eiserne Kreuz ausgezeichnet, aus dem Krieg heimkehrten, ein geringeres Wahlrecht haben als die, die im Kriege nichts geleistet hätten. Anschließend schilderte er in drastischer Weise die augenblickliche Not der Bevölkerung, deren miserable Stimmung. Zur Entlastung der politischen Spannungen und zur Ermutigung der Menschen, weiterhin durchzuhalten, sei es notwendig, schon jetzt ein Zeichen der politischen Gerechtigkeit zu geben. Bisher sei es gelungen, die Sozialdemokraten zur Zustimmung zu den Krediten zu bewegen. Werde das gleiche Wahlrecht jetzt verweigert, drohten Unruhen, die nur mit Maschinengewehren bekämpft werden könnten. Ohne diese Reform könne die gegenwärtige Regierung nicht mehr mit dem Reichstag zusammenarbeiten. Es ginge jetzt darum, den Krieg zu gewinnen, sonst gingen Volk und Monarchie zugrunde.

Wilhelm II. schwankte. Der Kanzler überzeugte ihn erst am folgenden Tag in einem weiteren zweistündigen Vortrag, den er ihm bei einem Spaziergang im Park des Schlosses Bellevue „mit einer vor innerer Erregung vibrierenden Stimme“ hielt: Wenn Wilhelm die bisherigen Ungerechtigkeiten des Wahlrechts aufhebe, werde er als „Volkskaiser“ der Mitarbeit aller Schichten des Volkes im Staat sicher sein. Der Kaiser war beeindruckt und stimmte schließlich zu. Der herbeigerufene Kronprinz erklärte sein Einverständnis. Daraufhin konnte dem preußischen Staatsministerium am folgenden Tag eine Kabinettsorder vorgelegt werden, die anschließend in der Presse veröffentlicht und in der festgelegt wurde, dass bereits die nächsten Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht abgehalten werden würden. Eine Mehrheit des preußischen Kabinetts akzeptierte das, aber fünf Minister traten zurück. Die übrigen stellten daraufhin ihre Ämter zur Verfügung, um eine Neubildung zu ermöglichen.

Während der Unterredung im Park des Schlosses hatte Bethmann Hollweg dem Kaiser auch die Friedensresolution in der vorletzten Fassung vorgelesen, und zwar mit der Bemerkung, dass vielleicht noch einige Korrekturen eingearbeitet werden könnten, welche die Entschlossenheit zum Durchhalten ausdrückten, so wie das dann auch in der endgültigen Fassung geschah. Die Resolution dürfe nicht den Eindruck erwecken, dass Deutschland kriegsmüde sei. Der Kaiser war auch damit einverstanden. Das Wort „Verständigungsfrieden“ schien ihm „zu unklar“ zu sein. Aber er ermächtigte den Kanzler, im Reichstag seine Zustimmung zu erklären. Mit Ebert und anderen führenden Sozialdemokraten hielt Bethmann Hollweg in diesen Tagen ständig Kontakt. Gleich am Morgen des 10. Juli bat er den Vorsitzenden der SPD zu sich und

schilderte ihm eingehend seine Auseinandersetzungen mit dem Kronrat und dem Kaiser. Er sicherte ihm bereits zu, dass das Verlangen nach einem freien und gleichen Wahlrecht erfüllt werde. Seine Vorbehalte gegenüber der Friedensresolution stellte er zurück. Nach dem Bericht Eberts über diese Unterredung sagte der Kanzler: „ Auch in dieser Frage wird sich eine Verständigung erzielen lassen.“ Er freue sich, dass sich auch andere Parteien dieser Erklärung anschließen wollten, und wünsche eine möglichst große Mehrheit im Reichstag. „Diese Frage wird keine große Schwierigkeit mehr bereiten.“[84] Ferner stellte er Ebert auch sein Entgegenkommen in der Frage der Parlamentarisierung in Aussicht. Er müsse ohne weiteres anerkennen, dass das Verlangen nach ständiger Verbindung berechtigt sei. Er wolle auch Vertrauensmänner berufen. Sofort könne man allerdings nur eine Art Beirat aus Vertretern der Reichstagsparteien einsetzen. Die Berufung von Abgeordneten zu Staatssekretären sei verfassungsrechtlich kompliziert. Er werde entsprechende Verhandlungen mit dem Bundesrat führen.

Am Abend des 11. Juli dürfte Bethmann Hollweg der Auffassung gewesen sein, dass er aus den Auseinandersetzungen der Julikrise als Sieger hervorgegangen war. Zentrum, Freisinn und Sozialdemokraten stünden hinter ihm, wenn auch die Unterstützung nachlasse, so notierte er abends in seinen Aufzeichnungen über die Vorgänge des Tages. Seine Führungskraft hatte er unter Beweis gestellt. Er hatte die Forderungen der Sozialdemokraten erfüllt und konnte davon ausgehen, dass sie den Kriegskrediten zustimmen würden. Ferner konnte er annehmen, dass er zumindest eine starke Gruppe des Zentrums, die dessen Fraktionsvorsitzender Spahn anführte, hinter sich hatte.[85] Auch bei den Nationalliberalen hielt der kleine linke Flügel um den Abgeordneten Schiffer durchaus am Kanzler fest und befürwortete die Friedensresolution.

Bethmann Hollweg hätte im Reichstag seine „große Rede“ halten können. Er hätte darin die Kriegsziele der Rechten zurückgewiesen, sich vielleicht auf Lloyd Georges Rede bezogen, in der belgischen Frage seine Einstellung etwa so angedeutet, wie er sie dem Nuntius Pacelli beschrieben hatte. Riezler gegenüber äußerte er, eine neue Friedensresolution sei nicht nötig, er wolle die Krise so wenden, dass der Reichstag sich nun zu seiner Stellung in der Friedensfrage bekehrt habe

Bereits am Abend des 26. Juni, eines für die Weltkriegsgeschichte bedeutungsschweren Tages, wurden um 19 Uhr Scheidemann und David, die aufgewühlt aus der Sitzung des SPD-

84 Bericht Eberts über seine Unterredung mit dem Kanzler in der Fraktionssitzung der SPD am 19. Juli, Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898–1918, 2. Teil, a. a. O., S. 292 ff., danach auch das Folgende.

85 Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkriege, hrsg. von Jost Dülffer, a. a. O., Entwurf, S. 429.

Parteirats kamen, vom Kanzler empfangen. „Wir stellten ihm, vielleicht noch eindringlicher als schon so oft, die trostlose Lage dar, in der sich die Bevölkerung befand.“ Ihr Bericht über die Stimmung, die Forderungen der Delegierten des Parteiausschusses in Hinsicht auf die Kreditbewilligung löste beim Kanzler schwere Besorgnisse aus. Von der Forderung, sich in einer öffentlichen Erklärung für das Friedensprogramm des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates auszusprechen, hielt er nichts, lehnte aber eine solche auch nicht ausdrücklich ab. Bethmann Hollweg bat die beiden Sozialdemokraten, ihre Wünsche umgehend zu Papier zu bringen und ihm in zwei Tagen zugehen zu lassen. Er wollte sie der Obersten Heeresleitung vorlegen, um diese von ihren Kriegszielen abzubringen.

In der von David und Gradnauer ausgearbeiteten Denkschrift wurde die Volksstimmung genau so, wie sie auf der Delegiertenversammlung beschrieben worden war, dargestellt. „Schon jetzt sind Verzweiflungsausbrüche in verschiedenen Teilen des Reiches zu verzeichnen gewesen.“ Ein vierter Kriegswinter werde zu einer Katastrophe führen. Die Forderung der Sozialdemokratischen Partei lautete: Die deutsche Regierung müsse eine „jeder Deutungskunst entzogene Erklärung ihrer allgemeinen Friedensbereitschaft im Sinne des russischen Arbeiter- und Soldatenrates“ abgeben. „Jede Unklarheit, jeder Schein, als wollten wir uns noch Türen offen halten für gewaltsame Gebietsaneignungen oder sonstige Vergewaltigungen der Lebensinteressen anderer Völker, muss beseitigt werden.“ dass im Falle der Weigerung der Regierung, das zu tun, die Kriegskredite wahrscheinlich nicht mehr bewilligt würden, unterschlug die Denkschrift. Statt dessen schilderte sie wortreich, dass bei einem Friedensschluss Deutschlands „nationales Recht auf Freiheit und Entwicklung“ gewährleistet sein müsse, ferner wie durch eine solche Erklärung die Stimmungslage der Bevölkerung verbesserte werden könne.

Der Kanzler machte am 2. Juli seine Position in einer Konferenz deutlich, zu der er zusammen mit den Staatssekretären Helfferich, Graf von Roedern und von Capelle je zwei bis fünf Mitglieder der Reichstagsfraktionen und das Präsidium des Reichstags eingeladen hatte. Ausgeschlossen blieb die USPD.

Die Sozialdemokraten hatten im Reichsamt des Innern schon am Tag zuvor klargemacht, was ihre Fraktion erwarte, damit die Bewilligung der neuen Kredite durch die SPD-Fraktion möglich sei: Der Reichskanzler müsse sich klipp und klar zu der „russischen Plattform“ bekennen. Die Einführung auch des gleichen Wahlrechts für Preußen müsse zugesichert werden. David hatte Scheidemann gewarnt, „mit der Ablehnung der Kreditvorlage zu liebäugeln“.

Die Kollegen wussten, dass jetzt diese Gefahr bestand. Stresemann hielt es für möglich, dass bei der Kreditvorlage, wenn sie eingebracht wurde, „mit 110 weißen Zetteln zu rechnen war“. Scheidemann berichtete: „Alle waren ganz klein […] Die ganze Geschichte verlief äußerst gedrückt. […] Da ich außer dem dürftigen Frühstück fast nichts gegessen hatte, fiel ich nahezu um vor Hunger. […] Die politische Atmosphäre war mit Elektrizität geladen.“ Den Teilnehmern war klar, dass angesichts der Katastrophenstimmung etwas passieren musste, um es nicht zum inneren Zusammenbruch kommen zu lassen.

Bethmann Hollweg erklärte nach dem Grundsatz, Stärke zu zeigen, die militärische Lage sei „erfreulich gut“. Er habe das zwei Tage zuvor bei seiner Besprechung mit Hindenburg und Ludendorff erfahren. Die beiden Herren hätten ihm versichert, die Armee sei auf den Winterfeldzug vorbereitet. Es komme jetzt darauf an durchzuhalten. Nicht wahrhaben wollte er, dass nach dem Angriff der Russen in Ostgalizien alle Friedenshoffnungen, welche die russische Revolution ausgelöst hatte, einen schweren Dämpfer erhalten hatten. Die Erfolge im U-Boot-Krieg würden zwar England nicht zusammenbrechen lassen, wie vorausgesagt, aber es doch friedenswillig machen. Dass es Vorschläge zu Verständigungsmöglichkeiten mit England gab, verschwieg er, wie er es sich vorgenommen hatte.

Er kam der SPD weit entgegen. Im Prinzip sei ja auch er mit der Formel des Petersburger Sowjets einverstanden. Der Krieg sei ein Verteidigungskrieg. An eine Annexion Belgiens habe er nie gedacht. Auf eine öffentliche Erklärung mit einer Friedensformel wolle er sich aber nicht festlegen. Er wisse nicht, ob es taktisch und praktisch richtig sei. Deutschland müsse „durchhalten ohne Schranken“. Jede Nervosität sei nur Wasser auf die Mühlen der Feinde. „Wir müssen auf den Frieden hinarbeiten, tun das aber nicht, wenn wir nach Frieden schreien.“

Der Kanzler lavierte also weiter, wollte sich nach keiner Seite festlegen, um Handlungsspielraum zu behalten.

Die Sozialdemokraten verstanden das als Ablehnung ihrer Forderung, begriffen nicht, dass dies im Grunde eine verschlüsselte Zusage war. Mehr konnte der Kanzler ihnen nicht anbieten, schon deswegen nicht, weil ja auch die Herren Graf Westarp und Spahn anwesend waren.

Alle gaben zu, dass die Stimmung im Innern miserabel sei und zu Besorgnissen Anlass gebe. Es wurde immer von „Stimmung der Bevölkerung“ gesprochen, niemand von all denen, die dort saßen, wagte, auf die Ursachen dafür einzugehen.

Von den Vertretern der anderen Parteien stimmte niemand den Sozialdemokraten zu. Payer warnte vor der Annahme der russischen Formel, sie sei zu vieldeutig. Stresemann, Spahn, Graf Westarp und Roesicke dachten nicht daran, weiterhin auf Annexionen zu verzichten. Eine Perspektive für die siegreiche Beendigung des Krieges hatte niemand. Spahn behauptete, eine Rückgabe Elsass-Lothringens würde zu einer Weltmachtstellung Frankreichs führen. Helfferich sah beim Verzicht auf Annexionen für Deutschland in Zukunft ein „Helotendasein" voraus. Man müsse eben durchhalten und weiterhin auf den Erfolg des U-Boot-Krieges vertrauen. Dass die Sozialdemokraten nicht von ihrer Forderung abgehen würden, legte David dar. Die russische Revolution sei für Deutschland die einzige Chance.

Derjenige, der auf einen Ausweg sann, war Erzberger. Er blieb wortkarg und bemerkte nur, es sei die Frage, ob man nicht versuchen müsse, den Krieg politisch zu beenden. Das Volk müsse weiter seinen Zusammenhalt bewahren. Damit deutete er seine Taktik an, wie noch zu zeigen sein wird.

Den Sozialdemokraten ihre Forderung nach Gleichstellung im preußischen Wahlrecht zu erfüllen, dafür sprachen sich außer Graf Westarp auch die Vertreter der anderen Reichstagsparteien aus. Besonders Payer legte dar, dass es gelte, der Bevölkerung wenigstens „auf dem Gebiet der Freiheit eine Besserstellung in Aussicht zu stellen". Ob das in den Fraktionen überhaupt durchsetzbar wäre, erörterte man nicht. Die Gegensätze zwischen den Sozialdemokraten und der Regierung sowie den übrigen Parteien schienen dennoch unüberbrückbar zu sein.

Bethmann Hollweg sah es als zwecklos an, die Kriegszielfrage öffentlich zu diskutieren. Ein Streit der Meinungen und Kampagnen in den Zeitungen, die den Konservativen, Deutschnationalen und dem Zentrum nahestanden, konnte für den Erfolg einer Verständigungspolitik, wie er sie jetzt für möglich hielt, verhängnisvoll sein. Dass die Oberste Heeresleitung sofort einschreiten werde gegen eine Politik, wie sie die Sozialdemokraten von ihm forderten, befürchtete er zu Recht.

12. Kapitel

Stellungswechsel der Sozialdemokraten

Erzberger berichtet in seinen Erinnerungen, er habe bereits Ende Juni mit sozialdemokratischen Reichstagskollegen über die Schwierigkeiten, in die die Fraktion geraten war, gespro-

chen.[86] Bei den Abgeordneten der Partei, mit denen er am 4. und 5. Juli die Lage erörtert und seine Taktik abgesprochen hatte, handelte es sich unter anderem um Cohen-Reuß. Darüber berichtete dieser in der Fraktionssitzung vom 5. Juli. Eine Unterredung mit Südekum fand am Morgen des 5. Juli statt.

Es war das Kompensationsgeschäft Friedensresolution gegen Beteiligung am Kanzlersturz, das hier im Angebot war. Aus den Protokollen über die Fraktionssitzungen am 5., 6. und 7. Juli lässt sich dieser Schluss ziehen.[87]

Cohen-Reuß, unterstützt von Hoffmann-Kaiserslautern, Heine und Südekum, begann in der Fraktionssitzung des 5. Juli, Südekum am 6. Juli im Interfraktionellen Ausschuss, gezielt gegen Bethmann Hollweg zu agitieren.[88] Sie gaben dem Diskussionsthema, an welche Bedingungen man die anstehende Bewilligung der Kriegskredite knüpfen müsse, eine andere Wendung: Man könne „dieser Regierung" keine Kredite mehr bewilligen. Sie habe Dummheit auf Dummheit gehäuft. „Wenn wir das Vaterland retten wollen, dann nur gegen diese Regierung und nicht mit ihr." Sie werde Deutschland ins Verderben führen. So sehe das auch Erzberger, die gleiche Auffassung finde man „in Kreisen von Offizieren". In die gleiche Kerbe hieb Hoffmann-Kaiserslautern: Mit Bethmann Hollweg sei keine Politik mehr zu betreiben, auf allen großen Gebieten, Ernährung, innere Reformen habe es nur Enttäuschungen gegeben. Am schärfsten und klarsten zog Heine in dieser Thematik seine Konsequenzen: „Die Regierung treibt eine wahnsinnige und verbrecherische Politik." Die Kredite müssten bewilligt werden, aber verbunden mit einer ausdrücklichen Misstrauenserklärung. Es waren im Grunde die gleichen Vorwürfe, wie man sie in der Presse der Rechten und des Zentrums fand. Man müsse dem Kanzler drohen, ihn öffentlich bloßstellen. Das tat am 7. Juli Scheidemann im Hauptausschuss, so sah es Haußmann: Er polemisierte „sehr scharf gegen die Beschlussunfähigkeit Bethmann Hollwegs".[89] Nach dessen Rede schien es so, als trage der Kanzler an allem, was in der Versorgung der Bevölkerung schiefgelaufen war, die Schuld. Hinter der geforderten Friedenserklärung brauche die Regierung nicht zu stehen.[90]

Für David war das eine neue Linie, die er zunächst ablehnte, weil er sie nicht verstand. Ebert und David waren skeptisch. Sie glaubten, Erzberger habe für die Friedensresolution die Zentrumsfraktion nicht hinter sich.

---

86 Erlebnisse im Weltkrieg , a. a. O., S. 252.

87 Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie, 1898–1918, 2. Teil, a.a. O., S. 280–290, danach auch das Folgende.

88 David, Kriegstagebuch, a. a. O., S. 240 f., danach auch das Folgende.

89 Haußmann, Schlaglichter, a. a. O., S. 95.

90 Der Hauptausschuß des deutschen Reichstags, 3. Bd. 1917, a. a. O., S. 1547–1553.

In seiner großen Rede über die Lage am 3. Juli hatte Ebert am Kanzler keinerlei Kritik geübt. In der Fraktionssitzung am 7. Juli stellte fest, es sei „eine vollständig neue parlamentarische und politische Situation herbeigeführt“ worden. „Die Bekehrung des Matthias“, „große Überraschung und Freude“. Ebert wollte nun nicht mehr gemeinsame Sache mit dem Kanzler machen.[91] In der Diskussion legte Hoffmann noch einmal nach: Er verdächtigte den Kanzler der Unaufrichtigkeit. Dieser suche nach einer Formel, die zu nichts verpflichte, um bei Friedensverhandlungen möglichst viel herauszuholen. Die Fraktionsmehrheit hörte dies mit ungläubigem Staunen, musste erkennen, dass sich hier ein Weg, die dringend benötigte Friedensresolution durchzusetzen, bot. Es gab jedenfalls keinerlei Widerspruch. Scheidemann schien noch nicht ganz überzeugt, er widersprach Hoffmann und meinte, dass mit Bethmann Hollweg ein annexionsloser Frieden zu erreichen sei.

Der *Vorwärts* nahm am 7. Juli die neue, in den Fraktionssitzungen des 5. und 6. Juli vorgegebene Wendung gegen den Kanzler auf. David kam in diesen Tagen täglich mit „Presseleuten“ zusammen und steuerte wohl zusammen mit Ebert die Informationspolitik.[92] Um des Burgfriedens willen habe es die Regierung allen recht machen wollen, aber einen klaren politischen Kurs nie erkennen lassen. „Wo kein fester Kurs herrscht, steigern sich Ratlosigkeit und Unsicherheit bis zu Verzweiflung.“ So könne es nicht weitergehen. Die Regierungspolitik sei zu einem Ferment der inneren Zersetzung geworden. Der *Vorwärts* sprach bereits von einer „kommenden Regierung“, die sich nicht in einem Hause einrichten könne, das „bis zum Dach mit Hypotheken belastet“ sei, so dass erst einmal der Bankrott erklärt werden müsse. „Nein, es geht weder mit dem Fortwursteln noch mit dem Kurswechsel nach rechts.“ „Halbheiten, klaffende Widersprüche“, stellte ein Kommentar am 14. Juli fest.[93]

Am 9. Juli war Ebert ganz auf die Linie Erzbergers eingeschwenkt. Als die Nationalliberalen sich weigerten, die Friedensresolution in der vorgesehenen Form zu unterstützen, lehnt er ab: „Wir wollen Klärung schaffen und dann eine neue Regierung.“ David ergänzte und verdeutlichte, was gemeint war. Er sprach von der Bildung einer neuen Regierung mit neuen Männern.[94] Ebenso plädierten Cohen-Reuß und Heine in der Fraktionssitzung vom 10. Juli noch einmal nachdrücklich dafür, zunächst Bethmann Hollweg zu beseitigen und dann eine Reform der Regierung mit mehr Einfluss von Mitgliedern des Parlaments durchzuführen.

---

91 Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898–1918, 2. Teil, a. a. O., S. 280–287; Scheidemann, Der Zusammenbruch, a. a. O., S. 85; David, Kriegstagebuch, a. a. O., S. 241.

92 David, Kriegstagebuch, a. a. O., S. 245.

93 Vorwärts, Ausgaben vom 7. bis 14. Juli 1917.

94 Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18, 1. Teil, a. a. O., S. 23.

Die Drahtzieher des Kanzlersturzes, Oberst Bauer und seine Helfer, hatten bereits am 8. Juli begonnen, auch auf die Sozialdemokraten einzuwirken, um sie für den Kanzlersturz zu gewinnen. In den Aufzeichnungen Bauers heißt es: „8.7.–10. 7. Die Sozis durch von Haeften bearbeitet“.[95] Am 8. Juli tauchte ein Offizier im SPD-Parteibüro auf und lud Ebert und Scheidemann zu einer Unterredung mit Ludendorff ins Hotel Exzelsior ein. Man musste ihnen dort mitteilen, dass Hindenburg und Ludendorff bereits wieder abgereist seien. Die beiden Sozialdemokraten führten aber wahrscheinlich mit von Haeften ein Gespräch. Möglicherweise erzählte er ihnen über Bethmann Hollweg das, was David in seinem Tagebuch am 8. Juli vermerkte.

In dem ehrgeizigen Eduard David hatten Bauer und Haeften die Schlüsselfigur in der SPD für den Kanzlersturz gefunden.[96] Schon am 7. Juli, einen Tag nach Gründung des Interfraktionellen Ausschusses, suchte ihn Dr. Kurt Hahn auf, der in der Pressestelle der militärischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, die Haeften leitete, tätig war. Es handelte sich um einen Bekannten Davids, in dessen Villa in Wannsee er verkehrte. Zu dessen Kreis bürgerlicher Intellektueller, die dem pazifistischen Bund Neues Vaterland nahestanden, hatte David Kontakt.[97] Über den Inhalt des Gesprächs enthält sein Tagebuch keine Notiz, ebenso wenig wie über das mit Lina Richter, das er am Abend nach der Fraktionssitzung mit ihr führte. Richter war Mitarbeiterin Hahns in seiner Dienststelle und Zugehörige des Hahn-Kreises; David unterhielt mit ihr gesellschaftliche Kontakte.

Am 8. Juli erhielten dann David und offenbar auch andere Sozialdemokraten wahrscheinlich von Oberst Bauer die Mitteilung, Bethmann Hollweg habe „den Kaiser gegen das parlamentarische System scharf gemacht“. Auch habe er das Gespräch mit Hindenburg und Ludendorff verhindert. Tatsächlich hatten die beiden Generäle, bevor sie abreisten, statt mit den Sozialdemokraten zu sprechen, eine Einladung des Kaisers zum Abendessen angenommen. In einem Anfall von Überheblichkeit und Selbstgefälligkeit, wie man sie in seinen Aufzeichnungen auch sonst findet, notierte David: „Große Entrüstung, Entschluss, den Mann unschädlich zu machen.“ Das Parlament solle sich nicht mit ihm diskreditieren.

Am Abend war Hahn wieder da, „als Mittelsmann“, aufgeregt, offenbar beauftragt, Vorschläge über einen neuen Kanzler zu machen. Vom 9. bis 11. Juli führte David täglich Gespräche mit Hahn, und am 9. und 11. Juli gab es Aussprachen mit Oberstleutnant Haeften selbst. Er

95 Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18, 1.Teil, S. 83.

96 David, Kriegstagebuch, a. a. O., S. 241, danach das Folgende.

97 Siehe entsprechende Eintragungen im Tagebuch Davids, ferner: Die Regierung des Prinzen Max von Baden, bearbeitet von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1962, S. XVII–XXII.

und Hahn versuchten offenbar zunächst, David davon abzubringen, sich für die Friedensresolution einzusetzen. Jetzt sei es nicht an der Zeit, „Dokumente des Verzagens an die Öffentlichkeit zu bringen“.

David hatte inzwischen in der Fraktionssitzung vom 10. Juli durch Eberts Bericht erfahren, dass Bethmann beim Kanzler die Reform des preußischen Wahlrechts durchgesetzt habe, sich der Friedensresolution nicht verschließen und auch die Forderung nach der „Regierungsparlamentarisierung“ erfüllen werde. Dennoch sprach er sich am Abend dieses Tages noch entschiedener für den Kanzlersturz aus. Er müsse von dort, also von der Obersten Heeresleitung, erfolgen.[98]

Hahn ließ David am 11. Juli mit dem Auto in seine Dienststelle in der Derfflinger Straße, in der Nähe des Zoos, holen. Dort waren die Büros des Amtes, das Haeften leitete, untergebracht. Jetzt ging es um Bethmann Hollwegs Nachfolger. Hahn teilte ihm mit, das Hauptquartier wolle einen liberalen Kanzler. Am Abend war David noch einmal bei Haeften, wahrscheinlich noch einmal in der Derfflinger Straße. Dieser besprach mit ihm die ganze Lage und berichtete ihm, Ludendorff und Hindenburg wollten mit Bethmann Hollweg nicht mehr zusammenarbeiten. David forderte, der neue Mann müsse sich hinter das innere und äußere Programm der Mehrheit stellen. Um Mitternacht erhielt er die Nachricht, er solle am nächsten Morgen um zehn Uhr zum Kronprinzen kommen.

Zweifellos schmeichelte es dem von Tatendrang Getriebenen, plötzlich im Mittelpunkt der großen Entscheidungen der deutschen Politik zu stehen. Seit der SPD-Parteiratskonferenz stand er „unter dem Eindruck eines nahenden Verhängnisses“, hatte zunächst kaum noch Hoffnung auf einen guten Ausgang. Nachdem man ihm alle möglichen Besprechungen hinsichtlich des Nachfolgers gemacht hatte, war er bereit, an der die Beseitigung Bethmann Hollwegs mitzuwirken.

14. Kapitel

Die Aktion des Kronprinzen

Die Ereignisse des 12. Juli 1917 führten den Umschwung herbei. Es war der Tag, an dem sich Bethmann Hollwegs Schicksal entschied.

98 David, Kriegstagebuch, a. a. O., S. 237–245, danach das Folgende.

Die Zusage des Kaisers zur Einführung des gleichen Wahlrechts feierte der *Vorwärts* am 12. und 13. Juli ebenso wie die gesamte liberale Presse als Jahrhunderttat. Für ganz Deutschland bedeute das „den entscheidenden Schritt zur Demokratie. Die Parteien müssten darüber entscheiden. Wegen seiner Vergangenheit, da er beim Ausbruch des Krieges im Amt gewesen sei, sei Bethmann Hollweg eine Belastung für die deutsche Politik. Am 13. Juli wurde das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei noch deutlicher: Es sei doch hinreichend bekannt, in wie scharfer Weise die innere Politik des Reichskanzlers von der sozialdemokratischen Fraktion kritisiert worden sei. „Dazu kommt noch, dass das deutsche Reich unter den großen kriegführenden Staaten das einzige ist, in dem noch derselbe leitende Staatsmann im Amte ist wie bei Ausbruch des Krieges." Ein Nachfolger habe nicht die Schwierigkeiten der Vergangenheit zu tragen.[99]

Von Dankbarkeit gegenüber Bethmann Hollweg keine Spur. Angesichts der Tatsache, dass zwei Tage zuvor Bethmann Hollweg für die Sozialdemokraten die ein halbes Jahrhundert umkämpfte Wahlrechtsreform durchgesetzt hatte, legte die SPD einen beträchtlichen Opportunismus an den Tag.

Die Informationen darüber, wie die Sozialdemokratische Partei reagierte, nachdem Bethmann Hollweg das, was sie forderte, beim Kaiser durchgesetzt hatte, dürfte auf den Kanzler schockierend gewirkt haben. Valentini fand ihn am Morgen des 12. Juli in völliger Verzweiflung vor. Er hatte erfahren, dass sein Versuch, eine Gruppierung von Parteien der Mitte und Linken für seine Verständigungspolitik hinter sich zu bringen, gescheitert war. Da er „von allen Parteien verlassen" sei, wolle er seinen Abschied nehmen. Valentini gewann den Eindruck, „dass er innerlich seine Sache für verloren hielt".[100]

Seine Gegnern in den Parteien und die im Auftrag der OHL in Berlin agierenden Offiziere führten am Vormittag dieses Tages den letzten, entscheidenden Schlag gegen den Kanzler: Der Plan, den Kronprinzen zu veranlassen, eine Befragung von Vertretern der Parteien über ihre Einstellung zu Bethmann Hollweg durchzuführen, wurde von den konservativen Abgeordneten Heydebrand und Baron von Zetlitz erdacht. Nach sechs Jahren Kampf gegen Bethmann Hollweg bot sich endlich die Möglichkeit, ihn aus seinem Amt zu entfernen. Der dänische Abgeordnete Hanssen beobachtete am 11. Juli in der Lobby des Reichstags, dass sich diese beiden Führer der Konservativen in einer langen, vertraulichen Unterredung mit dem Adjutanten des Kronprinzen, von Maltzahn, befanden. An dem Gespräch nahmen auch He-

99 Vorwärts, 12. Juli und 13. Juli 1917.
100 Valentini, Kaiser und Kabinettschef, a. a. O., S. 163–170.

rold, stellvertretender Fraktionsvorsitzender des Zentrums, und Graf Westarp teil. Hanssen schreibt: „Die Gegner einer Demokratisierung waren offensichtlich dabei, ihre hinterhältigen Pläne auszuhecken.“[101]

Zu der Befragung von Abgeordneten, die am Morgen des 12. Juli im Kronprinzenpalais Unter den Linden von statten ging, waren Graf Westarp, Mertin von der Wirtschaftlichen Vereinigung, Stresemann, Erzberger, Payer und David am Vortag nachts zwischen elf und zwölf Uhr eingeladen worden. Man hatte nur Feinde des Kanzlers ausgesucht. Payer konnte man nicht übergehen. „Dr. David muss als ein zu der Gruppe der Sozialdemokraten gehörender Politiker betrachtet werden, bei denen der Kanzler die geringste Sympathie besitzt.“[102]

Vermutlich war der Kaiser, wie aus Valentinis Bericht entnommen werden kann, nicht informiert. Die Befragten hatten von ihren Fraktionen keinen Auftrag, in der Kanzlerfrage eine Stellungnahme abzugeben. Eine solche Art der politischen Entscheidungsfindung war verfassungsrechtlich nicht vertretbar und sprach Grundsätzen einer parlamentarischen Willensbildung hohn.

Weder David noch Stresemann hatten zu der Zeit ein herausragendes Amt in ihrer Partei inne. Protokollant ihrer Aussagen war Oberst Bauer, der in einem sprachlich unzulänglichen Stil und offensichtlich ungenau und lückenhaft das, was sie sagten, niederschrieb. Anwesend war auch der Adjutant des Kronprinzen, von Maltzahn. Der Kronprinz legte den Eingeladenen Fragen zur Einstellung ihrer Parteien zum Kanzler vor. Aber er kommentierte diese offenbar auch in seiner schnodderigen, aggressiven Art: „Werfen Sie doch den Mann im Reichstag hinaus!“[103]

101 Hanssen, Diary, a. a. O., S. 227 ff.

102 Obert Bauer, Der große Krieg in Feld und Heimat, a. a. O., S. 141 ff.; Protokoll in: Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18, hrsg. v. Erich Ludendorff, Berlin 1921, S. 408–411, danach das Folgende.

103 Erzberger, Erlebnisse, a. a. O., S. 262.

Legt man, um zu verstehen, was ablief, Bauers Niederschrift zugrunde, dann nannte jeder einen anderen Grund, warum der Kanzler das Vertrauen seiner Partei nicht mehr habe. Westarp führte aus, die Konservativen könnten ihn nicht mehr stützen, weil er die Reform des preußischen Wahlrechts durchgesetzt habe und die Friedensresolution billige. Stresemann erklärte den Kanzlerwechsel als „das Nötigste, was es gibt", weil Bethmann Hollweg nicht führe, sondern dafür verantwortlich sei, dass im Volk „eine gefährliche Stimmung eingerissen" sei. Auch Mertin warf ihm Führungsschwäche vor. Seine Parteigenossen könnten dem Kanzler nicht mehr folgen, wenn er für die Friedensresolution eintrete. Erzberger berief sich auf einen Beschluss des Parteivorstands des Zentrums. Der Kanzler habe notwendige Reformen verzögert, neue könne man von ihm nicht erwarten. Ferner habe er verhindert, dass Vertretern der Parteien eine Zusammenkunft mit Hindenburg und Ludendorff ermöglicht worden sei. Deutschland brauche einen „Friedenskanzler". Bethmann Hollweg sei ein Friedenshindernis.

David, der nach der Information Haußmanns mehr als eine Stunde sprach, vermied eine eindeutige Stellungnahme. Er ließ sich breit über die Friedenspolitik der Sozialdemokraten und deren Wünsche nach inneren Reformen aus. Wenn der Kanzler die Friedensresolution unterstütze, sehe seine Partei keinen Grund zum Wechsel. Andererseits verstärke sich die Auffassung, dass der Kanzler bei den Gegnern Deutschlands keine Glaubwürdigkeit besitze, sondern ein Hindernis für die Anbahnung von Friedensverhandlungen sei. Der Reichsregierung warf er Richtungslosigkeit vor. Sowohl aus Davids eigenen Aufzeichnungen als auch aus denen Bauers geht hervor, dass er jede positive Aussage zu Bethmann Hollweg vermied. Das Gesamtbild war, dass auch die Sozialdemokraten nicht hinter ihm standen, dass sie ihn für entbehrlich hielten.[104] Diesen Eindruck wollte David offensichtlich erwecken. Aufgrund dessen, was der Kanzler für die Sozialdemokraten in den Tagen zuvor durchgesetzt hatte, wäre ein klares Bekenntnis zu ihm am Platze gewesen. Dass er ein solches nicht abgeben, ihn aber auch nicht ganz verurteilen durfte, war ihm bewusst. Als er das Reichskanzlerpalais verlassen hatte, begegnete ihm auf dem Weg dorthin Payer. Dieser schrieb in seinem Erinnerungsbuch: „Unter den Linden begegnete mir augurenhaft lächelnd der Sozialdemokrat David."[105] Er wusste also, was nach seinem Vortrag zu erwarten war.

Der Vorsitzende der Fortschrittlichen Volkspartei stellte klipp und klar heraus, seine Partei sehe keinen Grund zum Kanzlerwechsel. Ein solcher sei „ein Sprung ins Ungewisse". Er wuss-

104 Prinz Max von Baden, Erinnerungen und Dokumente, a. a. O., S. 111.
105 Payer, Von Bethmann Hollweg zu Ebert, a. a. O., S. 32.

te allerdings, dass auch in seiner Fraktion eine Anzahl von Kollegen nicht mehr hinter Bethmann Hollweg standen.[106]Wilhelm von Maltzahn von der konservativen Partei bewog Graf Westarp, eine Erklärung mit folgendem Wortlaut zu unterschreiben: „Der Herr Reichskanzler besitzt nicht das Vertrauen der Deutsch-Konservativen Fraktion. Dieser Umstand macht es ihr unmöglich, mit ihm gedeihlich weiterhin zusammenzuarbeiten.“ Ähnliche Erklärungen unterschrieben Stresemann und Erzberger.[107]Payer war es, der den Kanzler sofort nach Ende der Befragung darüber informierte, was sich

im Kronprinzenpalais zugetragen hatte. Seinem Bericht war zu entnehmen, dass nicht nur das konservative Lager, sondern auch die Nationalliberalen und ebenso das Zentrum seinen Rücktritt forderten, dass David signalisiert hatte, dass die SPD ihn nicht unterstützen werde. Der Kanzler hatte das Vertrauen des Kaisers verloren, er trat, bevor er entlassen wurde, wurde, von seinem Amt zurück.

106 Payer, Von Bethmann Hollweg zu Ebert, a. a. O., S. 34.
107 Graf Westarp, Konservative Politik, 2. Bd., a. a. O., S. 359.

BSB

(A)

116. Sitzung.

Donnerstag den 19. Juli 1917.

Seite

Geschäftliches 3569C, 3583D

Ansprache des Präsidenten:

a) Worte der Anerkennung und des Dankes für den scheidenden Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg . 3569D

b) Begrüßung des neuen Reichskanzlers Dr. Michaelis 3570A

c) Schreiben der Schweizerischen Vereinigung der Hellenen in Genf an den Präsidenten des Reichstags . . 3570A

Fortsetzung der ersten und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend (B) die Feststellung eines **Nachtrags** zum **Reichshaushaltsetat** für das Rechnungsjahr **1917**:

Reichskanzler Dr. Michaelis . . . 3570B

Fehrenbach (Z.) 3573A

Scheidemann (Sd.) 3575D

v. Payer (F.Vp.) 3579C

Graf v. Westarp (K.) 3584B

Prinz zu Schoenaich-Carolath (Nl.): 3584D

Warmuth (D.F.) 3585B

Haase (Königsberg) (U.S.) . . . 3585C

Seyda (P.) 3596B

Hanssen (b.k.F.) 3596D

Namentliche Abstimmung über die Resolution auf Nr. 933 der Drucksachen 3596D

Dr. Südekum (Sd.) — zur Geschäftsordnung 3597A

Dr. Mayer (Kaufbeuren) (Z.) — zur Geschäftsordnung 3597B

Ledebour (U.S.) — zur Geschäftsordnung 3597B

Feststellung der Tagesordnung für die nächste Sitzung 3597B

Zusammenstellung der namentlichen Abstimmung 3598

Die Sitzung wird um 3 Uhr 18 Minuten durch den (C) Präsidenten Dr. Kaempf eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht offen.

Ein Schreiben des Herrn Reichskanzlers bitte ich zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter **Rogalla v. Bieberstein:**

Berlin, den 15. Juli 1917.

Nachdem Seine Majestät der Kaiser und König Seine Exzellenz v. Bethmann Hollweg auf seinen Antrag von der Stellung als Reichskanzler, als Präsidenten des Preußischen Staatsministeriums und als Minister der auswärtigen Angelegenheiten entbunden und mich zu seinem Nachfolger in diesen Ämtern ernannt hat, beehre ich mich, Euer Exzellenz Abschrift der betreffenden beiden Allerhöchsten Ordres vom 14. d. M. zu übersenden.

Gleichzeitig bemerke ich ergebenst, daß ich die Geschäfte heute übernommen habe.

Michaelis.

An
den Herrn Präsidenten des Reichstags.

Präsident: Und die Anlagen dazu.

Schriftführer Abgeordneter **Rogalla v. Bieberstein:**

Berlin, den 14. Juli 1917.

Auf Ihren Antrag will Ich Sie von der Stellung als Reichskanzler, als Präsident Meines Staatsministeriums und als Minister der auswärtigen Angelegenheiten unter Bewilligung der gesetzlichen Pension hierdurch in Gnaden entbinden. Zu Ihrem Nachfolger habe Ich den Unterstaatssekretär Wirklichen Geheimen Rat Dr. Michaelis ernannt. (D)

gez. Wilhelm I. R.

ggez. Helfferich.

An
den Reichskanzler und Ministerpräsidenten
Dr. v. Bethmann Hollweg.

Berlin, den 14. Juli 1917.

Nachdem Ich den Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg seinem Ansuchen gemäß von der Stellung als Reichskanzler entbunden habe, will Ich auf Grund der Bestimmung der Verfassung des Deutschen Reiches (IV. Artikel 15) Sie unter Entbindung von Ihren bisherigen Ämtern hiermit zum Reichskanzler ernennen.

gez. Wilhelm I. R.

ggez. Helfferich.

An
den Unterstaatssekretär Wirklichen Geheimen Rat
Dr. Michaelis.

Präsident: Meine Herren, die Verdienste, die sich der aus dem Amte geschiedene Reichskanzler, Herr Dr. **v. Bethmann Hollweg** in achtjähriger Tätigkeit im Frieden und im Kriege unter den schwierigsten Verhältnissen um Entwicklung, Ausbau und Stärkung des Reichs und der Volkskraft erworben hat, werden von der Weltgeschichte verzeichnet. Mir liegt es ob, dankend anzuerkennen, daß der Herr Dr. v. Bethmann Hollweg die Rechte des Reichstags und seine Würde gewissenhaft geachtet, und daß er dem Bedürfnis nach einem vertrauensvollen Zusammenwirken zwischen Reichsleitung und Reichstag wohlwollend,

Digitalisierung gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft · DFG

15. Kapitel

Das Scheitern der Friedensaktion von 1917

Die Reichstagssitzung vom 19. Juli 1917 – Hugo Haases große Rede gegen Verlogenheit und Friedensheuchelei: „Verbrecherisch und sinnlos ist es, immer neue Menschen zur Schlachtbank zu führen."

Am 19. Juli 1917 ging es um die Abstimmung über die mehrmals aufgeschobene neue Kreditvorlage, aber zuvor sollte über die Friedensresolution debattiert und entschieden werden.[108] Alle sahen, dass der neue Kanzler Michaelis ein ziemlich unbedeutender Mann war, der dem gestürzten Bethmann Hollweg nicht das Wasser reichen konnte.[109] Er bemühte sich darum, Siegeszuversicht zu verbreiten. Als er zur Friedensresolution Stellung nahm, nutzte er eine Formulierung des konservativen Lagers. Deutschlands Grenzen müssten für alle Zeiten sichergestellt werden. Ziele wie diese und eine Verständigung über die Lebensbedingungen eines starken Deutschlands ließe sich „im Rahmen ihrer Resolution, so wie ich sie auffasse, erreichen". Er stellte sich also nicht hinter die Resolution, sondern machte klar, dass er den vieldeutigen Text so auslegen wollte, dass weiterhin annexionistische Politik betrieben werden konnte.

Dafür erhielt er starken Beifall von allen Seiten, auch viele Sozialdemokraten auf der linken Seite des Hauses klatschten mit. Jedermann sah nun, welchen Sinn die ganze Friedensaktion hatte und dass man den Text auslegen konnte, wie man wollte. Er sollte verschleiern, dass die Eroberungspolitik fortgesetzt werden sollte.

Constantin Fehrenbach vom Zentrum stufte die Bedeutung der Resolution weiter herab, nannte sie eine „Friedenskundgebung", die aus Gewissensgründen erfolgt sei. Dann rief er die deutschen Soldaten zum Durchhalten und zu neuen Taten auf.

Ganz anders Scheidemann: Bethmann Hollweg sei einer Intrige der rechten Presse zum Opfer gefallen. Die Friedensresolution nannte ein „Friedensprogramm", an der Rede Michaelis übte er keine Kritik. Seine Partei sei gegen die Fortsetzung des Krieges. Er wiederholte die abstruse Begründung Eberts, die Kredite bewillige sie dem deutschen Volk, nicht der Regie-

108 Alle im Folgenden analysierten Reden in: Verhandlungen des Reichstags, stenographische Protokolle, 116. Sitzung am 19. Juli 1917, S. 3570 - 3596

109 Hanssen, Diary, a.a.O., S. 232

rung. Dass seine Darlegungen voller Ungereimtheiten waren, er es mit der Wahrheit nicht genau nahm, lag auf der Hand.

Friedrich Payer, der als dritter Sprecher der sogenannten Mehrheitsparteien das Wort ergriff, meinte, die Resolution diene der ganzen Menschheit, die sich nach Frieden sehne. Dann behauptete er, in ihr sei „offen und unzweideutig ausgedrückt, was für einen Frieden die Mehrheit des deutschen Volkes wolle“. Der neue Kanzler habe mit seiner Erklärung in dieser Hinsicht „unzweifelhaft“ Klarheit geschaffen. Kritik übte er nur an der Form, wie der Kanzlerwechsel vor sich gegangen war, um liberale Positionen hervorzukehren.

Die Gegner der Resolution behaupteten, dass der Reichstag es überhaupt nicht nötig habe, Friedensappelle herausgehen zu lassen. Das sollten nach Graf Westarp die Kriegsgegner tun. Deutschland werde auf die „Früchte des Krieges“ nicht verzichten. Heinrich Prinz zu Schoenaich-Carolath vom linken Flügel der Nationalliberalen war ehrlicher: Deutschland sei bereit, über einen Friedensvertrag zu verhandeln.

Haase hatte, noch bevor er die Rednertribüne betrat, den Antrag gestellt, dass das Stockholmer Friedensmanifest seiner Partei dem Reichstag bekannt gemacht wurde. Der Text musste verlesen werden und wurde als Gegenantrag auf die Tagesordnung gesetzt. Damit hatte er eine gute Möglichkeit gefunden, die Verschleierungen der Wahrheit, alle Illusionen, die man sich machte, aufzudecken.

Er sprach, indem er sich auch mit der Entstehung der Vorlage und den Darlegungen seiner Vorredner auseinandersetzte, über eine Stunde lang.

Die Entlassung Bethmann Hollwegs mute ihn wie ein „Satyrspiel“ an, also wie ein Zwischenspiel des antiken Theaters, bei dem zur Ablenkung von dem tragisch Geschehen gespenstische Figuren ein groteskes Spiel aufführten. In dieser kritischen Zeit sei ein unerfahrener Verwaltungsfachmann an die Spitze des Reiches berufen worden, der sich bisher um politische Fragen gar nicht gekümmert habe. Es handele sich um einen Vertrauensmann der Obersten Heeresleitung. Deren Mitwirkung bei seiner Ernennung verstoße gegen die Reichsverfassung, sei eine Brüskierung des Parlamentes. „Gibt es ein einziges Land in der Welt, bei dem die Militärs auch zur politischen Kriegführung berufen werden?“

Das ganze Gerede von einer Reform des Parlamentarismus im deutschen Reich sei mit der Berufung des neuen Kanzlers ad absurdum geführt worden. Forderungen, wie die, Kriegser-

klärungen an die Zustimmung des Reichstags zu binden oder ein konstruktives Misstrauen gegen den Kanzler einzuführen, würden immer wieder vertagt. „Es kreißen die Berge, und ein Mäuslein kommt heraus.“

Es sei ja immer wieder versichert worden, mit aller Zweideutigkeit in der Friedensfrage müsse jetzt Schluss sein. Wenn der Kanzler gesagt habe, er glaube seine Ziele im Rahmen der der Resolution „so wie ich sie auffasse“ durchführen zu können, dann sei durch diesen Redeeinschub das Gegenteil geschehen. „Er hat damit zugegeben, dass sich verschiedene Auffassungen mit dieser Resolution verbinden lassen.“ Mit der Redewendung, die Grenzen Deutschlands müssten für alle Zeiten sichergestellt werden, habe er eine Formulierung der Alldeutschen benutzt und die Resolution in deren Sine ausgelegt. Die Mehrheitsparteien hätten sich Sand in die Augen streuen lassen, indem sie sich geweigert hätten, die Rede des Kanzlers richtig zu deuten. Die Tatsache, dass auch die Militärs ihr Einverständnis mit der Friedensresolution erklärt hätten, beweise, dass sie gar nicht im Sinne Scheidemanns angewendet werden könne.

Die unklaren, ausgefeilten Versicherungen der Resolution verdienten keine Glaubwürdigkeit. In der Zentrumskorrespondenz könne man lesen, dass der Text so geändert worden sei, dass dadurch ein Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, wie Scheidemann ihn gefordert habe, ausgeschlossen werden sollten. „Was soll aus Kurland, Litauen, Briey und Belgien werden? Sollen diese Gebiete erworben werden, wie denn, wenn nicht erzwungen?“ Auch Scheidemann habe Kriegsentschädigungen bisher nicht abgelehnt.

„Die Resolution endet mit schmetternden Kriegsfanfaren. Sie läuft auf eine Aufpeitschung der Schlacht- und Kriegsleidenschaft, nicht auf eine Stärkung des Friedenswillens hinaus. Das Volk aber will nicht Kriegsfuror, sondern verlangt Frieden.“ Wenn man auf eine Wirkung im Ausland hoffe, dann gebe man sich mit ziemlicher Sicherheit einer Täuschung hin.

Zunächst einmal müsse anerkannt werden, dass Deutschland und Österreich diesen Krieg gewollt hätten. Er sei von Anfang an ein Eroberungskrieg.

Bisher hatte sich der Reichstag diese kritischen Ausführungen schweigend angehört. Als er dann auf die Folgen dieser Resolution einging, wurde das anderes.

„Was Sie wollen, führt, wenn man ihnen nicht Halt gebietet, in den Ruin des Volkes.“

„Man muss sich ja Scheuklappen vor die Augen legen, um nicht zu sehen, dass sich vor uns ein Abgrund auftut, und dass wir in diesen Abgrund hineinstürzen werden, wenn diese Kriegspolitik fortgeführt wird, die die Herren Konservativen empfehlen." Das Volk werde verbluten und vor Erschöpfung zugrunde gehen. „Wie der Frieden dann aussehen wird, brauche ich ihnen ja nicht auszumalen." Es sei sinnlos, Durchhalteparolen auszugeben und zu predigen, das Volk solle seine Nerven behalten. Die Menschen seien aus dem Kriegstaumel erwacht. Bisher sei die Versorgung der englischen Bevölkerung mit Lebensmitteln kaum beeinträchtigt worden. Dennoch hat der neue Reichskanzler die Mär vom baldigen Zusammenbruch Englands erneut aufgetischt.

„Gibt es irgendeinen materielle Preis, der die Fortsetzung der Massenschlächterei rechtfertigen könnte." „Verbrecherisch und sinnlos ist es, immer neue Menschen zur Schlachtbank zu führen."

Am Schluss steigerte sich Haase, schleuderte immer weitere Anklagen heraus. Er nutzte die Gelegenheit, um durch Beschreibung von vielen Einzelfällen bekannt zu machen, was sonst nicht an die Öffentlichkeit kam: Hunderten von Mitgliedern seiner Partei sei es verboten, in Versammlungen zu reden, sie würden geknebelt, aus ihren Berufen entlassen, durch Haussuchungen schikaniert, drangsaliert und brutalisiert.

„Jugendliche und Frauen, vom Hunger zermürbt, werden nach Krawallen mit drakonischen Strafen verfolgt." Liebknecht, der nichts als die Wahrheit gesprochen habe, werde hinter Zuchthausmauern zugrunde gerichtet, Rosa Luxemburg körperlich und seelisch gepeinigt.

„Es ist nicht möglich, dass für die Dauer der Zustand, unter dem wir drei Jahre lang leiden, von den Massen ertragen wird." „Die Arbeiter wissen, dass sie in Aktion treten müssen, um dasjenige zu erreichen, was ihnen am Herzen liegt, Frieden und Freiheit." Nun brachen im Saal Turbulenzen aus.

Erregte Abgeordnete hielt es nicht mehr auf ihren Plätzen.

was er sagte. Auch als der Präsident ihm schließlich Gehör verschafft hatte, konnte man mit Mühe noch seine Schlussworte verstehen: „Wir wollen nicht einander töten. Wir wollen uns als Brüder die Hände reichen! Wir wollen nicht Mordwerkzeuge schaffen, wir wollen mit der Kraft unserer Hände und Hirne fortan Kulturgüter erzeugen zum Wohl des eigenen Volkes und zur Fortentwicklung der ganzen Menschheit."

Danach las Haase das Friedensmanifest seiner Partei, über das auch abgestimmt werden sollte, in vollem Wortlaut vor. Die wichtigsten Sätze lauteten:

> *„Der Reichstag erstrebt einen Frieden ohne Annexionen irgendwelcher Art und ohne Kriegsentschädigungen aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Er erwartet insbesondere die Wiederherstellung Belgiens und die Wiedergutmachung des ihm zugefügten Unrechtes. Der Reichstag fordert die Einleitung von Friedensverhandlungen auf der Grundlage dieses Programms.*
>
> *Zur Erreichung dieses Friedens und zur Durchführung dieses Friedensprogrammes ist die dringendste Vorbedingung die sofortige Aushebung des Belagerungszustandes. Erforderlich ist ferner die völlige Demokratisierung der gesamten Verfassung und Verwaltung des Reichs und seiner Einzelstaaten, die ihren Abschluss zu finden hat in der Schaffung einer sozialen Republik.“*

Delegation der USPD auf dem Weg nach Stockholm - 2. von rechts ist Hugo Haase

16. Kapitel

Resonanzen auf die Debatte vom 19. Juli

„Die Welt außerhalb Deutschlands wird glücklich sein, wenn sie auf das hören würde was Herr Haase, der Sprecher der sozialistischen Minderheit gefordert hat."[110]

Im Interfraktionellen Ausschuss hatte die SPD festgelegt, dass sie den Kriegskrediten nur dann zustimmen werde, wenn das Zentrum und die Fortschrittlichen Partei zuvor die Friedensresolution akzeptiert hatten. Nach der fulminanten Rede Haases bestanden vielleicht Zweifel, ob die Abstimmung im Reichstag glatt über die Bühne gehen werde. Der Vorsitzende der USPD hatte immer noch viele Anhänger in der Mehrheitsfraktion. Auch in bürgerlichen Kreisen genoss er hohes Ansehen. Also wurde nach der 2. Lesung des neuen Kreditgesetzes die 3. Lesung erst einmal ausgesetzt. Vorher sollte über die Friedensresolution abgestimmt werden.

Davor rief der Reichstagspräsident erst einmal noch schnell zur Entscheidung über das Friedensmanifest der USPD auf. Wer zustimmte, sollte sich von seinem Platz erheben. Wahrscheinlich taten das nur die 21 Abgeordneten, die derzeit dieser Fraktion zuzurechnenden waren Der Antrag über die einzig wirkliche sinnvolle und ehrliche Friedensentschließung war in wenigen Minuten abgeschmettert. Eine Debatte darüber gab es nicht.[111]

Über die von den Mehrheitsparteien eingebrachte Friedensresolution wurde namentlich abgestimmt. 213 Abgeordnete votierten mit ja, 127 mit nein, 17 hatten sich der Stimme enthalten. 18 Reichstagsabgeordnete hatten während der Abstimmung den Saal verlassen, darunter 5 Fraktionsmitglieder der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion. Nur die Fraktionen der Konservativen und der USPD waren geschlossen dagegen. Geht man davon aus, dass der Reichstag 397 Mitglieder hatte, war die Entscheidung knapp. Ob es auch gegen die Kreditvorlage größeren Widerstand gab, läßt sich nicht feststellen. Denn auch über sie wurde auch durch Erheben von den Plätzen entschieden. Wie immer war eine breite Mehrheit dafür.

Die sozialdemokratischen Blätter feierten sie als „Friedensprogramm", es leite eine neue Ära der Verständigung mit den Kriegsgegnern ein. Der neue Kanzler habe sie befürwortet, schrieb der Vorwärts. Für die Tägliche Rundschau hatte er sich dagegen gestellt. Die Vossische Zeitung nannte den 19. Juli eine „schwarzen Tag" der Weltkriegsgeschichte. Diese „Ver-

110 The Times, London, 26, Juli 1917

111 Verhandlungen des Reichstags, stenographische Protokolle, 116. Sitzung, 19. Juli 1917, S.,3598 ff. David, Kriegstagebuch, a.a.O., S. 249, dort die Namen der Verweigerer

ratsstunde der deutschen Zukunft“ fördere nicht einen baldigen ehrenvollen Frieden, sondern hindere ihn. Es sei „der Wille zur Ohnmacht“, so überschrieb der Linksliberale Hellmuth von Gerlach in der Welt am Montag seinen Kommentar. Wenigstens auf einige Redakteure großer liberaler Zeitung hatten Haase Eindruck gemacht.[112]

Welche Resonanz Haases Rede in der Bevölkerung fand, darüber berichteten englische Zeitungen, die deutsche Presse nicht. Das Regierungsviertel war abgesperrt worden. Von den Tausenden von Kriegsgegnern, die sich am Abend des 19. Juli in den Außenbezirken Berlins zu einem Protestmarsch ins Stadtzentrum versammelt hatten, gelangten nur etwa 500 auf Straßenbahnen ins Tiergartenviertel und wurden dort abgedrängt.[113]

Die englische Presse hatte über jede Phase der Julikrise 1917 genau berichtet und das Geschehen kommentiert. Was im einzelnen gespielt wurde, verstand man zunächst nicht so ganz. Haases Rede wurde in vielen Zeitungen lobend herausgestellt, in englischer Sprache in einigen Teilen abgedruckt.[114] Herr Haase habe, so die Times, durch seine Rede wirklich Licht in die ganze betrügerische Aktion gebracht und sie als Verschwörung enthüllt. Einzelne Formulierungen seiner Interpretation wurden übernommen. Man hatte erst aus seinen Darlegungen erfahren, dass Michaelis der Vertrauensmann Hindenburgs und Ludendorffs war und „von den Junkern“ an die Macht gebracht worden war.

„Die Welt außerhalb Deutschlands wird glücklich sein, wenn sie auf das hören würde, was Herr Haase, der Sprecher der sozialistischen Minderheit, gefordert hat“, hieß es in der Times. Mit großer Beachtung wurde in vielen Zeitungen auch Haases Äußerung zur Kriegsschuldfrage zitiert.[115] Ein klarer Weg zum Frieden werde nur in der Resolution der USPD aufgezeigt. Auch im „Labour Leader“ wurde Haases Rede vom 19. Juli als äußerst wichtig herausgestellt. Die Resolution der „Minority Socialists“ sei ein überzeugender Schritt zum Frieden.[116]

Dass der deutsche Reichstag so ausführlich zur Friedensfrage Stellung genommen hatte, war für das politische England eine Sensation. Trotz aller Kritik wollte man auch in der Friedensresolution der Mehrheitsfraktionen ein Hoffnungszeichen sehen.[117]

---

112 Ernst-Albert Seils, Weltmachstreben und Kampf für den Frieden, a.a.O., S.391 f.

113 Stellungnahme von Zeitungen in der Berliner Volkszeitung, 20 Juli und Schulthess’, Europäischer Geschichtskalender, Bd. 217, Juli 1917, Welt am Montag, 23.Juli 1917

114 The Times, London, 2. August 1917, Überblick über das Geschehen im Überblick, auch zum Folgenden

115 The Times, 26. Juli1917, Reichstag and peace. Through german Eyes, Herr Haase exposes the Plot

116 Labour Leader, 9. August 1917

117 Hubert Gebele, Die Probleme von Krieg und Frieden in Großbritannien während des Ersten Weltkriegs, Frankfurt/M u.a. 1987, S..20 – 45, 127 -165

Um diese Beurteilung zu erklären, muss man wissen, wie stark in England seit dem Frühjahr 1917 die Friedensbewegung geworden war. Der Versuch, die englische Presse zu überwachen und zu lenken, war längst gescheitert. Liberale Blätter, wie die Daily News, die Northcliff-Presse ließen sich Sanktionen nicht gefallen. Führend als Kritiker des Kriegs war das Wochenblatt „Labour Leader“, das den Gewerkschaften gehörte,auf die die „Union of Democratic Control“ stärksten Einfluss hatte. Hier schrieben die Unterhausabgeordneten von der Interpendant Labourparty, Philip Snowden, Philip Morell und Charles Trevelyan über den Krieg, was sie für richtig hielten, riefen zu Friedensdemonstrationen auf. Die Antikriegsbewegung hatte sich zu einer Massenbewegung entwickelt. Im Juni und Juli veranstalteten Frauengruppen, pazifistische religiöse Vereinigungen, Gewerkschaftler, Organisationen von Wehrpflichtgegnern, von Schottland ausgehend, in ganz England täglich Friedensdemonstrationen, die von der Polizei nicht behindert wurden.[118]

Lloyd Georges hatte zwar als Kriegsminister gegenüber amerikanischen Journalisten, 1916 geäußert, der Kampf werde bis zur Niederschmetterung Deutschlands (knockout) geführt, aber dies von der deutschen Propaganda vielzitierte Ziel wurde von den englischen Parteien und der englischen Arbeiterschaft zu keinem Zeitpunkt akzeptiert. [119] Man könne auch in der von den Sozialdemokraten, dem Zentrum und der Fortschrittlichen Volkspartei vorgelegte Resolution ein Hoffnungszeichen sehen, stellte der Labour Leader fest. Scheidemann habe ja in seiner Rede Friedensverhandlungen angeboten, unter der Bedingung, dass die Integrität Deutschlands in den Grenzen zu Beginn des Krieges erhalten bliebe. Dem Text sei zu entnehmen, dass Deutschland Gebiete anderer Staaten nicht annektieren wolle und dass ein aufrichtiger Friede durch internationale, gesetzliche Garantien gesichert werden solle.

Nun müsse der britische Premierminister darauf sofort antworten und erklären, dass auch England und seine Verbündeten keine Gebietserwerbungen anstrebten. Der neue deutsche Kanzler Michaelis habe sich im Reichstag ja ausdrücklich hinter die Friedensresolution gestellt.[120]

Der britische Premierminister Lloyd Georges hatte bereits in ähnlicher Weise reagiert, als der Artikel Snowdens erschien. Er ging etwas genauer auf die Rede des deutschen Kanzlers ein. Dieser habe sich darin leider über die belgische Frage nicht geäußert. „Wir müssen alle dazu

118 Labour Leader, 26. Juli, 2.August
119 Ernst-Albert Seils, Weltmachtstreben und Kampf für den Frieden, a.a.O., S. 294 - 300
120 Labour Leader, 26. Juli 1917, Artikel von Philip Snowden

helfen, aus ihr eine gute Rede zu machen.“ Auch der ehemalige britische Regierungschef Asquit, jetzt Oppositionsführer, hielt die deutsche Friedensresolution für zu unbestimmt, stellte als Bedingung für Verhandlungen die Zusage einer künftigen Souveränität Belgiens und die Wiedergutmachung des von den Bewohnern erlittenen Unrechtes heraus.[121] Von der Rückgabe Elsass-Lothringens als Voraussetzung für Friedensverhandlungen sprachen die maßgeblichen Politiker in England nicht.

Als am 26. Juli die 2 .Lesung eines neuen Kriegsanleihegesetzes auf der Tagesordnung des englischen Unterhauses stand, machten die englischen Pazifisten Druck. Ramsay MacDonald, der schon 1914 gegen eine Teilnahme Englands am Krieg gestimmt hatte, stellte sofort den Antrag, auch über die Friedensresolution zu debattieren. Um das zu ermöglichen wurde der Kreditvorlage ein Zusatzartikel angefügt, in dem die Regierung aufgefordert wurde, ihre Kriegsziele ebenso wie der Reichstag es getan hatte, offenzulegen. Täte sie das nicht, würden er und seine Anhänger gegen die Vorlage stimmen.

Es folgte eine erbitterte Redeschlacht. Ähnlich wie Haase es getan hatte, wurden alle Register zogen, um dem sinnlosen Morden ein Ende zu machen. Ebenso wie es die deutsche USPD gefordert habe, käme es allein auf die Wiederherstellung Belgiens an. Läge erst einmal eine ähnliche Erklärung der englischen Regierung wie die des deutschen Reichstages vor, könnten sofort Friedensverhandlungen beginnen. Wie sich herausstellte, hatte Haase im englischen Unterhaus zahlreiche Gleichgesinnte, Charles Trevelyan, Lees Smith, Arthur Ponsonby, Philip Morell und Philip Snodwden. In den Reden, die sie hielten, kämpften sie mit dergleichen Leidenschaft für eine sofortige Beendigung des Krieges wie er.[122]

Auch sie setzten sich letztlich nicht durch, aber konnten doch einen Achtungserfolg verbuchen. An diesem Tag, dem 26. Juli, stimmten nur 148 Unterhausabgeordnete den Kriegskrediten zu. 19 Abgeordnete stimmten für den Antrag MacDonalds. Aber der Rest von etwa 670 englischen Unterhausabgeordneten, ungefähr 500, hatten sich der Stimme enthalten. Dass Kriegskredite nicht mehr bewilligt wurden, wollten sie auf diese Weise vermeiden.[123]

Das von Haase im Reichstag eingebrachte Friedensmanifest hatte also in England eine Wirkung gezeigt.

---

121 The Times, 23.Juli 1917; Daily News, 17. – 21. Juli 1917; Texte deutsch in: Jonas Kreppel, Der Kampf für und wider den Frieden, Wien 1917, Nr. 17, S. 114 ff.

122 The Parliamentary Debates, Fifth series, Vol, XCVI, session 1917, Sp. 1479 – 1589, Argumentation im einzelnen: Ernst-Albert Seils, Weltmachtstreben und Kampf für den Frieden, a.a.O., S. 419 - 422

123 Labour Leader, 2. August 1917; Review of the Week von Philip Snowden

Zu einer ähnlichen Resonanz auf die Ereignisse in Deutschland Ende Juli kam es in Frankreich nicht. Die Rede Haases wurde in der Zeitung Les Temps jedoch mehrmals erwähnt. Die kleine Gruppe von Reichstagsabgeordneten um ihn herum hätten gegen die gewalttätige Unterdrückungspolitik der deutschen Regierung protestiert. Auf Haases Friedensvorschläge ging man nicht ein. Angesichts der allgemeinen Kriegsmüdigkeit konnte es sich die französische Regierung überhaupt nicht erlauben, über Themen des Friedens öffentlich zu debattieren.[124]

Das schwache Licht der Hoffnung auf Frieden, das Haase in England verbreitet hatte, löschten dann Kanzler Michaelis und sein Außenstaatssekretär Richard v. Kühlmann in den folgenden Monaten vollkommen aus. Als Nuntius Pacelli Ende Juli mit einer Antwort des Papstes auf die von Bethmann Hollweg angeregten Friedensvorschlägen erschien, zeigte Michaelis wenig Interesse. Das Thema wurde auf die lange Bank geschoben, in späteren Antwortschreiben zerredet. Dass Belgien nicht freigegeben werden sollte, dagegen sprachen sich die konservativen und bürgerlichen Parteien im sogenannten Siebenerausschuß ebenso wie der Kronrat aus.

Anmerkung zu den Bildern: Bei den abgebildeten Bildern handelt sich es um allgemein bekannte Personen, sie sind aus dem Internet heruntergeladen.

124 Figaro, 20.Juli 1917; Les Temps, 23. Juli, La crise Allemagne